

Aufbruch und Krise: das Weltsystem nach dem Ost-West-Konflikt und die aktuelle Friedens- und Sicherheitsproblematik

Krell, Gert

Postprint / Postprint

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krell, G. (1991). *Aufbruch und Krise: das Weltsystem nach dem Ost-West-Konflikt und die aktuelle Friedens- und Sicherheitsproblematik*. (HSFK-Report, 6/1991). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93674-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

Gert Krell

**Aufbruch und Krise:
Das Weltsystem nach dem Ost-West-
Konflikt und die aktuelle Friedens-
und Sicherheitsproblematik**

HSFK-Report 6/1991

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Archiv

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Gert Krell

**Aufbruch und Krise:
Das Weltsystem nach dem Ost-West-
Konflikt und die aktuelle Friedens-
und Sicherheitsproblematik**

HSFK-Report 6/1991
November 1991

[Faint, illegible text or stamp]

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29
D-6000 Frankfurt/Main 1
Telefon 069 / 550191
Telefax 069 / 558481

ISBN 3-926197-99-4

DM 12,00

Zusammenfassung

1. Die Kumulation der politischen Ereignisse zwischen 1989 und 1991 in Osteuropa, in der Sowjetunion und in den Ost-West-Beziehungen hat zu einer radikalen Transformation des internationalen Systems geführt. Der Einschnitt ist nur vergleichbar mit anderen grundlegenden Ereignissen der Neueren Geschichte wie dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg oder der Russischen Revolution. Der radikale Systemwandel, den die "europäische Revolution von 1989-91" bewirkt, ist seinerseits eingebettet in längerfristig wirkende Globaltrends, die grundsätzliche Fragen nach den Fortschrittmöglichkeiten der Welt aufwerfen: die Strukturkrise der Entwicklungsländer und die ökologische Fundamentalkrise.

Bei der hier vorgelegten Ortsbestimmung geht es um eine Einschätzung der weltpolitischen Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Dabei wird zunächst der Ost-West-Konflikt selbst in Erinnerung gebracht. Im Anschluß daran werden Konsequenzen beschrieben, die sich aus der Auflösung dieser Konfliktformation ergeben: für das Staatensystem, für die Weltwirtschaft, für den Demokratisierungsprozeß. Dann werden Perspektiven des Verhältnisses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern diskutiert, wird schließlich die ökologische Problematik in den Blick genommen. Den Abschluß bildet eine Bilanz der widersprüchlichen Weltlage mit einer Erörterung der Konsequenzen für den Friedens- und Sicherheitsbegriff und mit Orientierungen für politische Strategien.

2. Der Ost-West-Konflikt war nach dem Zweiten Weltkrieg die dominierende Konfliktformation im internationalen System. Er blieb auch in den Zeiten der Entspannung ein Antagonismus, denn die entscheidende Voraussetzung für diese Entspannung war die Anerkennung der Spaltung: in Militärblöcke, konkurrierende politische Ideologien und unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Ausgetragen wurde dieser Antagonismus als tendentiell weltumspannender Hegemonialkonflikt zwischen zwei Supermächten, und zwar mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Aber der Hegemonialkonflikt wurde nicht militärisch entschieden, was möglicherweise ein Ergebnis der nuklearen Abschreckung ist.

Der Ost-West-Konflikt hat auch Konfliktpotential innerhalb der beiden Bündnisse eingehegt. Dazu rechnen etwa die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den OECD-Ländern, auf die er disziplinierend gewirkt hat. Im sowjetischen Herrschaftsbereich wurden die überlieferten Nationalitätenkonflikte stillgelegt bzw. durch Repression verdrängt. Gleichzeitig blieb die spezifische Problematik nachholender Entwicklung in der Region vom internationalen System abgekoppelt. Fragwürdig waren diese Ordnungsleistungen jedoch gleichwohl, weil sie nicht zu einer auf Dauer tragfähigen Bearbeitung geführt, ja die Problemsubstanz insgesamt sogar eher verschärft haben.

3. Das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet die Auflösung eines Hegemonialkonflikts mit einem historisch beispiellosen Einzugsbereich und Militarisierungsgrad, eines Konflikts, der äußerst kostspielig war und sich aufs Ganze gesehen destruktiv und deformierend ausgewirkt hat. Die friedliche Auflösung dieses Konflikts ist dabei als besonderer Gewinn zu verbuchen. Hinzu kommt der gewaltfreie Rückzug der Supermacht UdSSR aus ihrem

strategischen Vorfeld, auch das ein außergewöhnlicher historischer Vorgang. Als ebenso außergewöhnlich muß gelten, daß sich der Demokratisierungsschub und die Ablösung der autoritären Regime bzw. Diktaturen in Ostmittel- und Südosteuropa fast ohne Ausnahme gewaltfrei vollzogen hat. Das gilt, bei allen Einschränkungen, auch für den Reformprozeß in der Sowjetunion, der die Gelegenheit für eine Neukonstitution auch des inneren Imperiums auf der Basis von Selbst- und Mitbestimmung bietet. Damit ergibt sich eine säkulare Chance für die Rückkehr des Ostens nach Europa und die "Verwestlichung" der Sowjetunion.

Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte sind darüber hinaus zwei weitere positive Ausgangsdaten zu nennen: der west- und der gesamteuropäische Integrationsprozeß, der günstige institutionelle Voraussetzungen für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung mit sich bringt; außerdem die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen des neuen deutschen Einheitsstaates, der sich nicht wieder zu einem Sicherheitsrisiko entwickeln wird. Für die globale Ebene ist festzuhalten, daß sich keine neue großräumige Konfliktformation abzeichnet. Damit haben sich die Chancen für Kooperation im Weltmaßstab und für globale Ordnungsleistungen erheblich verbessert.

4. Diesen positiven Entwicklungen steht einmal der Aufbau neuen Konfliktpotentials gegenüber, das sich unmittelbar aus dem Ende des Ost-West-Konflikts ergibt. Das betrifft insbesondere die Frage der Staatenbildung und des Neo- bzw. Ethnonationalismus im ehemaligen "Ostblock" bzw. in der Sowjetunion selbst. Hinzu kommt eine neue Entwicklungsproblematik, als doppelte Herausforderung der Transformation von Plan- in Marktwirtschaften einerseits und deren Reintegration in die Weltwirtschaft andererseits. Der Sozialismus als Entwicklungsmodell ist gescheitert, damit aber verschärft sich die weltgeschichtliche Aufgabe nachholender Entwicklung, und zwar zunächst mit massiven Einbrüchen in defizitären, aber durchaus begrenzt tragfähigen ökonomischen Strukturen. Die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind nicht gerade günstig für einen Demokratisierungs- oder Redemokratisierungsprozeß, der in einigen der ehemals sozialistischen Länder oder Republiken ohnehin auf schwachen institutionellen und politischen Voraussetzungen ruht.

5. Zur negativen Seite der Bilanz gehören neben diesem neuen Konfliktpotential zwei ältere Problembereiche, die sich parallel zum Ost-West-Konflikt herausgebildet und kontinuierlich aufgebaut haben: die strukturelle Krise vieler Entwicklungsländer und die ökologische Fundamentalkrise. Im kritischen Dreieck von Bevölkerungsexplosion, Verschuldung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen sind Sozialkatastrophen in der Dritten Welt vorprogrammiert. Sie bilden in Verbindung und in Wechselwirkung mit anderen Konfliktursachen und Konfliktgegenständen ein schwer zu kontrollierendes Krisen- und Gewaltpotential. Die Industriestaaten sind nicht nur moralisch davon betroffen. Die gewachsenen Nord-Süd-Verflechtungen koppeln den "Norden" auch interessensmäßig an den Süden an. Als besonders sensibel müssen die Abhängigkeit im Rohstoffbereich (vor allem Öl), die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen, die Migration und die Umweltzerstörung gelten.

Die ökologische Problematik ist die umfassendste überhaupt, sie steht über allen alten und neuen Konfliktformationen. Umweltzerstörung und Ressourcenverknappung werden in zunehmendem Maße zu einer möglichen Ursache für gewaltsam ausgetragene Konflikte. Sie

werden auch für sich genommen zu einer Herausforderung für Wohlfahrt und Überleben, damit aber auch zu einer Chance für Kooperation.

6. Die gegenwärtige Weltlage und die Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik lassen sich am besten in drei Paradoxien fassen:

(1) Mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts entfällt die Perspektive eines Kräfte bindenden und insgesamt destruktiven Hegemonialkonflikts mit dem Risiko eines globalen nuklearen Infernos. Den Platz des geringen Risikos eines solchen katastrophalen Großkrieges und der Empirie einer Reihe von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt nehmen jedoch Potentialität und Realität von Bürger- und zwischenstaatlichen Kriegen in der Konkursmasse des sozialistischen Weltsystems und der Sowjetunion selbst ein. Während die OECD-Zone auch nach dem Ost-West-Konflikt eine Sicherheitsgemeinschaft bleibt, in der Konflikte nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden, entsteht aus der sozialistischen Konkursmasse eine neue Kategorie von gewaltsam ausgetragenen Ost-Ost-Konflikten. Diese Ost-Ost-Konflikte sind unabhängig von einer übergeordneten Konfliktformation, aber an ihren Rändern kann es zu Überschneidungen mit anderen Regionen und deren Konflikten kommen, zumal diese politisch-geographischen Ränder in Fluß geraten.

Zu dieser verlagerten Sicherheitsproblematik im Ost-West-Kontext tritt das Zerstörungspotential von Entwicklungs- und ökologischer Fundamentalkrise hinzu, das auch ohne den Umweg über die militärische oder quasi-militärische Anwendung direkter Gewalt Dimensionen erreicht, die in der Schadensbilanz mit den Kosten von Kriegen vergleichbar werden.

(2) Die Verlagerung bzw. Ausweitung der Sicherheitsproblematik findet jedoch keine Entsprechung auf der Seite der militärischen Gegenoptionen. Es kommt im Westen ganz im Gegenteil trotz des anwachsenden (Ost-Ost-Konflikte) bzw. anhaltenden (Süd-Süd-Konflikte) Risikos organisierter Gewaltanwendung nicht nur zu einer relativen, sondern sogar zu einer absoluten Entwertung des Militärs, jedenfalls in seinen Funktionen als Abschreckungs- und Verteidigungsinstrument. Es gibt kaum noch eindeutig identifizierbare militärische Herausforderungen; die Möglichkeiten, militärische Auseinandersetzungen Dritter durch Intervention von außen zu steuern, sind nicht günstig, weder militärisch noch gar politisch; und bei der Bewältigung der "neuen Bedrohungen" ist das militärische Instrument schlicht ungeeignet, ja hinderlich. Wachsen wird in diesem Zusammenhang der Bedarf an Katastrophenschutz und technischer Hilfe großen Stils. Hier dürften - neben Beiträgen zur kollektiven Sicherheit - in Zukunft die wichtigsten Aufgaben für die westlichen Militärapparate liegen, was allerdings umfassende Umrüstungen voraussetzt.

(3) Die dritte Paradoxie geht über die Friedens- und Sicherheitsproblematik hinaus auf die Ebene des weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesses. Trotz des Triumphs über die realsozialistische Alternative sieht sich der Westen mit fundamentalen Widersprüchen konfrontiert: der sozialen Frage im Weltmaßstab und der Überlebensfrage der technisch-industriellen Zivilisation. Den Test der Weltanschauungen hat das westliche System (vorerst) bestanden; die eigentliche Prüfung seiner Überlebensfähigkeit und Legitimität steht aber noch bevor.

7. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an die Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie hat nicht mehr eine auch militärpolitisch ausgetragene Sicherheits- und Systemkonkurrenz zum Gegenstand, sondern muß sich auf die spill-over Effekte militärischer Auseinandersetzungen Dritter und auf nicht-militärische Gefährdungen einstellen. Damit wird das militärische Instrument nicht völlig nutzlos, aber es wird in einen anderen Kontext gestellt. Der veränderten Lage sind folgende friedens- und sicherheitspolitische Strategien zuzuordnen: kooperative und kollektive Sicherheitspolitik, Weltsozialpolitik, Demokratisierung, kontrollierte Einwanderung, ökologische Kooperation.

Die massive Intervention in Kriege Dritter kommt in der Regel schon aus praktischen Gründen nicht in Frage, sie ist außerdem moralisch fragwürdig und politisch meist kontraproduktiv. Was bleibt, sind Strategien der Konfliktprävention, der Einhegung, der nicht-militärischen Sanktionen und der Streitschlichtung einschließlich des "peace-keeping." Die grundsätzlichen Einwände gegen eine Beteiligung auch deutscher Soldaten an solchen Maßnahmen lassen sich nicht aufrecht erhalten. Es besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der Art von Kriegen, wie sie gerade Deutschland historisch zu verantworten hat, und den Maßnahmen zur Friedenssicherung, wie sie im Kontext des "peace-keeping" mit zunehmender Nachfrage seit Jahren von internationalen Organisationen praktiziert werden.

Weitaus schwieriger zu beurteilen ist die Frage der Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit durch militärische Zwangsmaßnahmen. Strategische Planung und Phantasie sollten sich endlich auf die nicht-militärischen Sanktionen konzentrieren, eine Prioritätensetzung, die schon die UNO-Satzung vorschreibt. Hauptaufgabe einer langfristig angelegten Friedenspolitik muß darüber hinaus sein, dazu beizutragen, daß es gar nicht zu Situationen kommt, in denen es keine Alternative zu Zwangsmaßnahmen mehr gibt. Damit erhalten die folgenden Strategien der "Friedensförderung" nicht nur im Kontext eines erweiterten Friedensbegriffs ihren Stellenwert, sondern auch als Beiträge zu einer vorausschauenden Sicherheitspolitik, die nicht mehr zur ultima (ir)ratio greifen muß, weil die ratio vorher schon versagt hat.

8. Bei der Rüstungskontrolle soll westliche Politik zum einen ihre Anforderungen im globalen Rüstungskontrollkontext mit glaubwürdigen eigenen Leistungen kombinieren und zum zweiten sich nicht an der Aufrüstung der Entwicklungsländer (oder nur mit Einschränkungen im Rahmen regional verabredeter und kontrollierter Sicherheitsarrangements) beteiligen. Bei den Eigenleistungen bieten sich an: weitere Absenkung der strategischen Nuklearwaffen, umfassendes Testverbot, Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen sowie weitere Reduzierungen der konventionellen Waffenbestände. Die Debatte über "defensive Verteidigung" ist in diesem Zusammenhang weiterhin von Interesse.

9. Bei der Weltsozialpolitik beziehen sich die Eigenleistungen insbesondere auf Korrekturen in den Machtstrukturen der Weltwirtschaft. Revisionsbedürftig sind z. B. die protektionistischen Maßnahmen gegenüber Importen aus Entwicklungs- bzw. den sich transformierenden sozialistischen Ländern. In Europa geht es neben technischer Hilfe auch um einen gesamteuropäischen Finanzausgleich. Von zentraler Bedeutung ist außerdem weltweit vermehrter Schuldenerlaß. In einem Kontext, in dem westliche Politik ihre Glaubwürdigkeit durch demokratischere Spielregeln in der Weltwirtschafts- und Weltmilitär-

ordnung erhöht, können solche Leistungen dann auch mit Auflagen verbunden werden, etwa im Bereich der Rüstungsaufwendungen oder der Bevölkerungspolitik.

Das überlieferte Einmischungsverbot wird auch im Völkerrecht zunehmend in Frage gestellt. Dabei geht es nicht um die gewaltsame Aufnötigung von als vorzugswürdig erachteten Regierungsformen, sondern um die Förderung von Demokratie. Gratifikationen sind mit Auflagen, z. B. im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte, zu verbinden, Ansätze zur Ausbildung des Rechtsstaats zu unterstützen. Gerade jungen Demokratien, die häufig mit erheblichen wirtschaftlichen Erblasten ihrer diktatorischen Vorläuferregime ringen, sollte gezielt unter die Arme gegriffen werden.

10. Eine Strategie der kontrollierten Einwanderung könnte aus folgenden Elementen bestehen: entschiedene Verteidigung des Rechtsstaats nach allen Seiten, mehr politische Rechte und erleichterte Einbürgerung für Ausländer, Reduzierung sozialer und infrastruktureller Engpässe der Zwei-Drittel-Gesellschaft, gezielte Maßnahmen zur Reintegration Jugendlicher aus dem rechtsradikalen Einzugsbereich, Einwanderungsgesetze zur Steuerung des Zustroms von Wirtschaftsflüchtlingen. Mit einer solchen Strategie wäre freilich der Abschied von einem völkischen Staatsbürger(innen)konzept verbunden.

11. Noch vor dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich Ansätze für einen neuen globalen Dialog über Umweltfragen herausgebildet. Die Entwicklungsländer können den Industriestaaten mit dem ökologischen Hebel keine Umverteilung aufzwingen, aber sie können eine konstruktive Zusammenarbeit, auf die beide angewiesen sind, verweigern. Veranlassung dazu wäre gegeben, denn die Industriestaaten führen nach wie vor deutlich bei Umwelterstörung und Ressourcenverschwendung. Der Widerspruch zwischen Entwicklung und Ökologie ist angesichts der Bevölkerungsexplosion und angesichts des westlichen Wachstumsmodells höchst aktuell. Er wird sich nur dann auflösen lassen, wenn die Industriestaaten (1) selbst eine glaubwürdige Umweltschutzpolitik betreiben und (2) zu massivem Ressourcentransfer zugunsten von Entwicklung und Umweltschutz in den klassischen Entwicklungsländern und den sich transformierenden sozialistischen Ländern bereit sind.

12. Der hier vorgestellte Satz von Strategien ist komplementär. In der Summe laufen sie auf erhebliche Veränderungen bis in den Lebensstil der entwickelten, unserer Gesellschaft hinaus. Der Bedarf an wissenschaftlichen, politischen und finanziellen Ressourcen, den diese Strategien erfordern, ist eine Herausforderung für Produktions- und Verteilungsmuster, die zu einem erheblichen Teil auf die Befriedigung von Luxuskonsum im weitesten Sinne ausgerichtet sind. Die neuen Gefährdungen haben gegenüber der alten militärischen "Bedrohung" den Nachteil, daß sie als einzelne weniger dramatisch erscheinen und ihr volles Konfliktpotential erst allmählich entfalten; gleichzeitig sind sie weit weniger elastisch, das heißt durch politische Entscheidungen nicht kurzfristig korrigierbar. Die Bereitschaft zur Gegensteuerung wächst erst dann, wenn der Steuerungsbedarf unabweisbar geworden ist. Dann aber mag es zur Gegensteuerung zu spät sein. Erfolgsgarantien gibt es also nicht, nur die Aufforderung zum Versuch.

Übersicht

	Seite
1. Einleitung	1
2. Der Ost-West-Konflikt	3
3. Die Transformation der Ost-West-Beziehungen	8
3.1 Die neue Staatenordnung	8
3.2 Die Demilitarisierung	11
3.3 Die Altlasten	12
3.4 Neue Staaten und neu-alter Nationalismus	13
4. Die Ökonomisierung der internationalen Politik	18
4.1 Der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaft	18
4.2 Die neue Entwicklungsproblematik	18
4.3 Risiken im OECD-Bereich	20
5. Demokratisierung: Tendenz und Gefährdung	22
6. Die Nord-Süd-Problematik	25
6.1 Vom Ost-West-Konflikt zum Nord-Süd-Konflikt?	25
6.2 Die Strukturkrise der Entwicklungsländer	28
6.3 Die Militarisierung	30
7. Flucht und Migration	31
8. Die ökologische Fundamentalkrise	35
9. Bilanz und Perspektiven	38
9.1 Widersprüchliche Bilanz	38
9.2 Die aktuelle Friedens- und Sicherheitsproblematik	40
9.3 Perspektiven und Strategien	45

1. Einleitung

Die Jahre der Geschichte werden anders gemessen als die Jahre des Kalenders. Die Kumulation der politischen Ereignisse zwischen 1989 und 1991 in Osteuropa, in der Sowjetunion und in den Ost-West-Beziehungen hat zu einer radikalen Transformation des internationalen Systems geführt, und ihre vollen Auswirkungen sind noch nicht einmal absehbar. Der Reformprozeß in der Sowjetunion und in Ostmittel- und Südosteuropa hat tragende Strukturen des Ost-West-Konflikts beseitigt, die KSZE-Mitgliedsstaaten haben ihn im November 1990 mit der Charta von Paris feierlich beendet. Die entscheidenden Stichworte sind: Ablösung der kommunistischen Parteidiktaturen durch frei gewählte Regierungen, Auflösung der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem osteuropäischen Vorfeld vollzogen (Ungarn und CSFR) oder vereinbart (Deutschland, Polen), die Einheit Deutschlands.¹

Parallel dazu verläuft die Auflösung des sozialistischen Weltsystems. Sie geht über den Ost-West-Konflikt, so wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebildet hat, hinaus und umfaßt die Ursprünge des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der mit der russischen Revolution von 1917 zum ersten Mal über die gesellschaftliche Dimension hinaus zwischenstaatliche Formen angenommen hat. Ob China und die kleineren Restbestände des sozialistischen Weltsystems, das zuletzt immer mehr selbst auch von gewaltförmigen inneren Auseinandersetzungen gekennzeichnet war, dem alten Systemgegensatz noch historische Bedeutung zu erhalten vermögen, ist gegenwärtig unklar. Weitere Absetzbewegungen - wie z. B. in Kambodscha - sind zu beobachten.

Schließlich gehört zur Transformation des internationalen Systems der Zerfall der alten russisch-sowjetischen Union. Damit erreicht der gegenwärtige Auflösungsprozeß Strukturen, die auf das 19. Jahrhundert und weiter zurückgehen. Hier ist der Endpunkt möglicher Entwicklungen, zu denen das Auseinanderbrechen einzelner Republiken gerechnet werden muß, sind die Formen und Stadien der Rekonstruktion oder Revision besonders schwierig abzuschätzen.

Bei aller weiteren Offenheit der historischen Situation kann die Radikalität des vorliegenden Einschnitts nicht deutlich genug gemacht werden. Er ist nur vergleichbar mit anderen das internationale System grundlegend transformierenden Ereignissen wie dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg oder der russischen Revolution. Es ist ein Einschnitt, der zu ganz neuen (welt)politischen Konstellationen führen wird, der (welt)historische Optionen eröffnet, aber auch viele neue Probleme aufwirft und zum Teil ganz alte Fragen unter veränderten Bedingungen neu stellt.

1 Vgl. dazu im einzelnen die verschiedenen Beiträge in Johannes Schwerdtfeger/Egon Bahr/Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster 1991.

Der radikale Systemwandel, den die "europäische Revolution von 1989-91"² bewirkt, ist seinerseits eingebettet in längerfristig wirkende Globaltrends, die grundsätzliche Fragen nach den Fortschrittmöglichkeiten des Weltsystems insgesamt aufwerfen: die Strukturkrise der Entwicklungsländer und die ökologische Fundamentalkrise. Europäische Revolution, Strukturkrise der Entwicklungsländer und ökologische Fundamentalkrise sind die Ausgangsdaten für die Weltpolitik zu Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts: oder wenn wir in historischen und nicht in Kalenderjahren rechnen, die Ausgangsdaten für ein neues Jahrhundert.³

Im folgenden geht es um den Versuch einer Ortsbestimmung, das heißt um eine Einschätzung der weltpolitischen Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.⁴ Dabei ist zunächst der Ost-West-Konflikt selbst in Erinnerung zu bringen, seine Bedeutung, sein historischer Stellenwert. Im Anschluß daran werden Konsequenzen beschrieben, die sich aus der Auflösung dieser Konfliktformation ergeben: für das Staatensystem, für die Weltwirtschaft, für den Demokratisierungsprozeß. Dabei kommen Chancen, Probleme und Herausforderungen für die Politik zur Sprache. Zunächst bleibt der Beitrag im "Norden", das heißt in dem Bereich, der als Erste und Zweite Welt galt. Dann aber werden Perspektiven des Verhältnisses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern skizziert, wobei die Grenze zwischen den Folgen der europäischen Revolution und den längerfristigen Globaltrends zu überschreiten ist, eine Grenze, die ohnehin nicht präzise markiert werden kann. Daran anschließend soll die ökologische Fundamentalkrise ins Blickfeld genommen werden. Den Abschluß bildet eine Bilanz, die die Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Weltlage resümiert, Konsequenzen für den Friedens- und Sicherheitsbegriff thematisiert und Orientierungen für politische Strategien diskutiert.

2 Im strengen sozialwissenschaftlichen Sinne mag der Begriff Revolution hier nicht angebracht sein. Ich verwende ihn als Sammelkategorie für die politischen Veränderungen in Europa und die Auflösung des Ost-West-Konflikts.

3 Vgl. Barry Buzan, New patterns of global security in the twenty-first century, *International Affairs* 67,3 (Juli 1991), S. 431-451.

4 Zu dieser Ortsbestimmung habe ich eine Fülle von Anregungen aufgegriffen, die ich nur zum Teil mit Literaturhinweisen kenntlich machen kann. Für solche zusätzlichen Anregungen oder für detaillierte Kritik an einer ersten Fassung meines Papiers bin ich insbesondere folgenden Personen zu Dank verpflichtet: Lothar Brock, Bernd W. Kubbig, Bruno Schoch, Hans-Joachim Spanger (alle HSFK); Egbert Jahn, Universität Frankfurt; Dieter Senghaas, Universität Bremen; Hans Heymann, Defense Intelligence College.

2. Der Ost-West-Konflikt

Eine wissenschaftlich zureichende Analyse des Ost-West-Konflikts ist schwierig, die meisten Interpretationen bleiben im Rahmen prägender wissenschaftstheoretischer Leitbilder über das, was die Welt bzw. die internationalen Beziehungen zusammenhält.⁵ Dementsprechend liegt der Akzent auf unterschiedlichen Konfliktdimensionen: Ordnungs- und Systemkonflikt, Machtkonflikt, Sicherheitskonflikt. Der Ausgang scheint denjenigen Recht zu geben, die die eigentliche Ursache immer schon im weder nach innen noch nach außen demokratisch legitimierten Machtanspruch der kommunistischen Partei gesehen haben. Daraus folgt aber keineswegs zwingend die nachträgliche Legitimation der Politik der Stärke. Der militarisierte Antikommunismus, so jedenfalls die These Czempiels, die er nicht erst seit der Wende vertritt, hat im Gegenteil dazu beigetragen, diese Konfliktursache zu verdecken, die Konfliktformation auszuweiten und damit über ihre Zeit am Leben zu halten.⁶ Fehleinschätzungen der sozialistischen Alternative in diesem Konflikt lassen sich heute wohlfeil beklagen, und sie müssen Anlaß zu selbstkritischen Prüfungen nicht nur für soziale Bewegungen und politische Parteien, sondern auch für die sogenannte Realpolitik sein.⁷ Gleichwohl darf bei dieser Reflexion der Kontext der wie immer pervertierten Ursprünge nicht verloren gehen: die gravierenden Asymmetrien im internationalen System und das Problem nachholender Entwicklung, das auch im jetzt wieder alternativlosen kapitalistischen Weltsystem nicht zureichend gelöst ist.⁸

-
- 5 Zum Ost-West-Konflikt vgl. Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt*, 2. Aufl., Stuttgart 1988. Unterschiedliche Ansätze diskutiert Thomas Risse-Kappen, *The End of the Cold War and Theories of Change in International Relations*, Paper Presented at the Workshop "The End of the Cold War - Evaluating International Relations Theories", European Consortium for Political Research, Essex, England, March 22-28, 1991. Vgl. aber auch Volker Rittberger/Michael Zürn, *Transformation der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen. Versuch einer institutionalistischen Bestandsaufnahme*, *Politische Vierteljahresschrift* 32,3 (September 1991), S. 399-424. Rittberger/Zürn verstehen den Ost-West-Konflikt als eine Konfliktvielfalt, als einen Mix von Konflikten unterschiedlichen Typs und unterschiedlicher Regime-tauglichkeit bzw. Verregelbarkeit. Der Fortschritt in der Konflikttheorie scheint mir evident, gleichwohl halte ich es für sinnvoll, auch am Begriff "des" Ost-West-Konflikts festzuhalten. Die Differenz im "Konfliktmix" ist so signifikant, daß für die Zeit bis zu den Gorbatschowschen Reformen von einer Ost-West-Konfliktformation gesprochen werden kann, heute aber nicht mehr. Auch wenn man den erheblichen Grad an Verregelung in Rechnung stellt - die Aufmerksamkeit darauf gelenkt zu haben, ist ein besonderer Verdienst des zitierten Ansatzes -, so müssen doch die radikalen Veränderungen in der Macht- und in der Sicherheitskonkurrenz besonders gewichtet werden. Ein großer Teil des den Antagonismus konstituierenden Konfliktpotentials ist gegenwärtig nicht mehr relevant, auch ohne Verregelung.
- 6 Ernst-Otto Czempel, *Friedenspolitik im europäischen Ost-West-Konflikt*, in: Franz Böckle/Gert Krell (Hrsg.), *Politik und Ethik der Abschreckung*, Mainz-München 1984, S. 84-97.
- 7 Die etatistisch orientierte Entspannungspolitik wird heute von denjenigen Gruppen kritisiert, die in Opposition zu den sozialistischen Regimen gestanden haben. Aber auch die etatistische Entspannungspolitik gehört zu den Voraussetzungen für den Wandel.
- 8 Eine soziologische Einordnung des sowjetischen Kommunismus versucht Andrew C. Janos, *Social Science, Communism, and the Dynamics of Political Change*, *World Politics* 44,1 (Oktober 1991), S. 81-112. Seine Diskussion grundsätzlicher Entwicklungsprobleme in einem asymmetrischen Weltsystem führt schließlich zu sehr pessimistischen Prognosen über neue Möglichkeiten "revolutionärer Militanz"

Nicht bestritten werden kann, daß der Ost-West-Konflikt die dominierende Konfliktformation im internationalen System nach dem Zweiten Weltkrieg war. Er blieb auch in den Zeiten der Entspannung eine antagonistische Konfliktformation, denn die entscheidende Voraussetzung für diese Entspannung war gerade die Anerkennung der Teilung der Welt: in gegeneinander formierte Militärblöcke, in unterschiedliche Gesellschaftsordnungen und Wirtschaftssysteme, in konkurrierende politische Ideologien mit universalem Geltungsanspruch. Es ist wichtig, das in Erinnerung zu rufen: die vielfach verwendete Formulierung vom "Ende des Kalten Krieges" trifft den gegenwärtig zu beobachtenden Vorgang deshalb nicht, weil der Kalte Krieg nur einen Teil des Ost-West-Konflikts umfaßt und bereits im Laufe der sechziger und siebziger Jahre von der Entspannung abgelöst wurde.⁹

Wo immer seine Wurzeln im einzelnen liegen mögen, ausgetragen wurde dieser Ost-West-Konflikt als Hegemonialkonflikt zwischen zwei Supermächten (und ihren Bündnissen), und zwar mit militärischen, wirtschaftlichen und politischen Mitteln; mit einem Aufwand, der Strukturen und Entscheidungsprozesse bei allen Beteiligten, insbesondere in den USA und in der UdSSR, geprägt und deformiert hat.¹⁰ Aber der Hegemonialkonflikt wurde nicht militärisch entschieden, was möglicherweise, aber nicht zwingend, ein Ergebnis der Nuklearwaffen ist.¹¹

Die Ost-West-Konfliktformation hat nicht nur die Beziehungen in der nördlichen Hälfte der Erdkugel bestimmt, sie war tendenziell weltumspannend. Die Dritte Welt wurde von beiden Parteien politisch und militärisch instrumentalisiert, über Militärbasen, Waffenlieferungen, Klientenbildung, bis hin zu Stellvertreterkriegen. Die Dritte Welt war ihrerseits auf den Ost-West-Konflikt bezogen. Sie hat zeitweise bzw. sektoral die Koalition mit der Zweiten gegen die Erste Welt gesucht oder auf andere Weise aus dem Ost-West-Gegensatz Vorteile zu ziehen versucht. Auch dort, wo sie sich bewußt als "Dritte" Welt der Blockbildung verweigerte, hatte sie den Ost-West-Konflikt zur Voraussetzung.

Der Ost-West-Konflikt war verbunden - nicht identisch - mit dem Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab. Dabei war Sozialismus in der Theorie wie

in der nachsozialistischen Periode. Vgl. aber auch Dieter Senghaas, Die Zukunft der internationalen Politik: Überlegungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Erhard Forndran (Hrsg.), Politik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1992 (i.E.). Senghaas stellt das Scheitern der realsozialistischen Option ebenfalls in den Kontext des "Entwicklungsdilemmas". Ich komme auf die Problematik weiter unten zurück.

- 9 Man kann allenfalls argumentieren, daß diese Entspannungsphase zu Beginn der achtziger Jahre von einem neuen Kalten Krieg abgelöst wurde. Die Korrektur zurück zur Entspannung setzte aber schon vor Gorbatschow und in jedem Fall vor der "europäischen Revolution" ein. Vgl. zu dieser Epoche Raymond L. Garthoff, *Détente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington 1985, sowie Ernst-Otto Czempel, *Machtprobe: Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München 1989.
- 10 Zu den USA vgl. Dieter Senghaas, *Rüstung und Militarismus*, Frankfurt 1972 u.ö.
- 11 Vgl. dazu u.a. John Lewis Gaddis, *The Long Peace: Elements of Stability in the Postwar International System*, *International Security* 12,1 (Sommer 1987), S. 3-21; John Mueller, *The Essential Irrelevance of Nuclear Weapons: Stability in the Postwar World*, *International Security* 13,2 (Herbst 1988), S. 55-79, und Robert Jervis, *The Political Effects of Nuclear Weapons. A Comment*, ebda., S. 80-90.

in der politischen Praxis ursprünglich als Fortentwicklung, als höhere Stufe der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gedacht, erst später wurde er zur Strategie nachholender, alternativer Entwicklung in einem Weltwirtschaftssystem, in dem die entwickelten kapitalistischen Länder dominierten.¹² Das Gewicht des sozialistischen Weltwirtschaftssystems ist freilich gering geblieben, insbesondere im Vergleich zum militärischen Status der Supermacht Sowjetunion.

Der Ost-West-Konflikt war schließlich darüber hinaus verbunden, aber noch weniger identisch mit der kommunistischen Weltbewegung, deren Ursprünge im westlichen System selbst liegen und die trotz vieler Spaltungen und Brüche (sozialdemokratischer Revisionismus, Maoismus, Titoismus, Eurokommunismus) und bei kontinuierlichem Legitimitätsschwund bis zuletzt, ja bis über das Ende der Sowjetunion hinaus, auch im westlichen System ihren Platz hat.

Die Ost-West-Konfliktformation war strukturbildend, sie war daneben aber auch ordnungstiftend. Nicht im Sinne einer Friedensordnung, denn sie blieb antagonistisch und wies schwerwiegende Legitimationsdefizite auf: ohne Antagonismus und Legitimationsdefizite wäre sie nicht zur Konfliktformation geworden. Aber sie war Ordnung in dem Sinne, daß Normen, Absprachen und Verfahren zur Regulierung des Konflikts und der Macht- und Einflußverteilung entwickelt wurden.¹³ Zu einer zentralen, wenn auch nicht überall gleichermaßen reflektierten Kategorie dieser Ordnung wurde die "Kriegsverhütung". Die Kriegsverhütung im Ost-West-Konflikt war widersprüchlich und unzulänglich, weil sie eine Kriegsverhütung mit militärischen Mitteln blieb; aber sie war keineswegs nutzlos. Die Zivilisierung des Konflikts durch die Rüstungskontrolle z. B. war zwar immer Gefährdungen ausgesetzt, sie hat sich aber schon in der alten Entspannungspolitik letzten Endes dauerhaft etablieren können.¹⁴ Der KSZE-Prozeß, zunächst ebenfalls aus dem Bedürfnis nach Konfliktregulierung entstanden, hat wahrscheinlich ebenfalls zur Systemtransformation beigetragen. Er war ursprünglich von der östlichen Seite als Teil einer keineswegs nur politisch defensiv verstandenen Absicherungsstrategie lanciert worden. Er entfaltete dann aber insofern eine kritische Wirkung, als er Kooperation organisierte, den als Stabilisierungsmechanismus andererseits erwünschten Außendruck minderte und gleichzeitig den Kern des Gegensatzes, das realsozialistische Legitimationsdefizit, offenlegte und offen thematisierte.

Darüber hinaus bot der Ost-West-Konflikt eine Lösung für die deutsche Frage, auch wenn das von den meisten Deutschen nicht so empfunden wurde. Für die Staatenwelt war es - nach dem Westfälischen Frieden von 1648 und dem Deutschen Bund von 1815 - die dritte erfolgreiche Lösung, auch wenn die inneren Defizite gerade dieser Teilungsvariante nur allzu offenkundig und belastend sein mochten. Aber als geeinter Nationalstaat war Deutsch-

12 Vgl. dazu Dieter Senghaas, Sozialismus. Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung, Leviathan 8,1 (1980), S. 10-40.

13 Vgl. dazu etwa Volker Rittberger (Hrsg.), International Regimes in East-West Politics, London 1990.

14 Vgl. dazu etwa Alexander George/Philip J. Farley/Alexander Dallin (Hrsg.), U.S.-Soviet Security Cooperation. Achievements, Failures, Lessons, New York und Oxford 1988. Oder Uwe Nerlich/Trutz Rendtorff (Hrsg.), Nukleare Abschreckung - Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität, Baden-Baden 1989.

land zweimal gescheitert, und die wichtigste Voraussetzung für den Ost-West-Konflikt, vor allem seine Globalisierung, wie für die Teilung und die Unterdrückung der einen Hälfte des deutschen Volkes war schließlich der von Deutschland selbst entfesselte Zweite Weltkrieg.

Außerdem hat der Ost-West-Gegensatz Konfliktpotential innerhalb der beiden Bündnisse bzw. Teilsysteme eingeht. Diese Ordnungsleistungen sind aber bestenfalls indirekt, d. h. dadurch erbracht worden, daß bestimmte Konflikte in einer höheren - und gefährlicheren - Konfliktformation aufgehoben waren. Dazu rechnen etwa die Wirtschaftsbeziehungen im OECD-Bereich, auf die der Ost-West-Konflikt disziplinierend gewirkt hat. Auch die west-europäische Einigung hat Impulse vom Ost-West-Konflikt erhalten, was ihn aber keineswegs zur alleinigen, wahrscheinlich nicht einmal zur entscheidenden Ursache dieses Prozesses macht.¹⁵

Im sowjetischen Herrschaftsbereich wurde während der Zeit des Ost-West-Konflikts die ganze Nationalitätenproblematik in Ostmittel- und Südosteuropa, im Kaukasus, in Zentralasien und in den Kernländern der Union stillgelegt, durch Repression verdrängt oder mit dem Mantel des sozialistischen Internationalismus zugedeckt. Gleichzeitig war die Problematik peripherer Entwicklung zumindest soweit aufgefangen, daß es nicht zu den sonst so verbreiteten Formen von Massenelend kam und weitgehend ein Minimum an sozialer Sicherheit gewährleistet werden konnte. Außerdem blieb diese Problematik durch die Konfliktformation und die damit verbundene Selbst- und Fremdabschottung vom internationalen System abgekoppelt. Fragwürdig waren diese Ordnungsleistungen gleichwohl, weil sie nicht zu einer auf Dauer tragfähigen Bearbeitung geführt, ja die Problemsubstanz möglicherweise sogar verschärft haben.

Der Ost-West-Konflikt steuerte in dem Moment auf seine Auflösung zu, als die sowjetische Führung ihren eigenen nicht demokratisch legitimierten Machtanspruch in Frage zu stellen begann. Die Ironie oder auch Tragik der Geschichte besteht darin, daß Gorbatschow zunächst glaubte, den Machtanspruch neu begründen zu können.¹⁶ Schon mit den Anfängen von Glasnost und Perestrojka, mit denen der KPdSU-Vorsitzende auf eine Reform, allerdings an Haupt und Gliedern, des Sowjetkommunismus und der sozialistischen Staatengemeinschaft zielte, wurde eine Perspektive eröffnet, die den Rahmen der alten Ost-West-Ordnung über kurz oder lang sprengen würde. Irgendwann hätte, auch unter Gorbatschows frühen Prämissen, die neue Detente von 1985 nicht mehr nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Spannungsminderung so weit verändert, daß vom Ost-West-Konflikt im ursprünglichen Sinne nicht mehr gesprochen werden konnte. Schon der sich reformierende Sozialismus mit der Überordnung allgemeiner Menschheitsinteressen über den Klassenkampf, mit einer Stärkung der Vereinten Nationen, mit glaubwürdigen Schritten zur Demilitarisierung der Außenpolitik - so stellte sich die Sowjetunion unter Gorbatschow zunächst dar - verließ endgültig den Horizont der letzten Endes wohl doch immer taktisch

15 Zu den historischen und politischen Wurzeln des europäischen Einigungsprozesses vgl. u.a. Pierre Gerbet, *La Construction de l'Europe*, Paris 1983.

16 Zur inneren Dynamik der Reform autoritärer Regime vgl. Russell Bova, *Political Dynamics of the Post-Communist Transition: A Comparative Perspective*, *World Politics* 44,1 (Oktober 1991), S. 113-138.

verstandenen Koexistenz-Konzeption und damit auch den Horizont der trotz Entspannung antagonistischen Konfliktformation.¹⁷

Die Reform des sozialistischen Staatensystems war jedoch nicht (oder vielleicht nicht mehr) möglich. Gorbatschows Prämissen stimmten nicht; allerdings nur in einem dialektischen Sinne. Diesmal waren die Reformen nicht nur kosmetisch gemeint, und sie konnten nicht mehr widerrufen werden. Bei allen innergesellschaftlichen Halbheiten im einzelnen: das sozialistische Staatensystem, die sozialistische Wirtschafts- und Militärgemeinschaft lösten sich auf. Sie mußten sich auflösen, weil sie keine wirklichen Gemeinschaften waren, und sie konnten sich auflösen, weil die Reform diesmal von der Sowjetunion selbst ausging und sich als Reform treu bleiben wollte - auch wenn sie in Gegensatz zu ihren sozialistischen Prämissen geriet.¹⁸ Damit waren nicht nur konzeptionell, sondern auch institutionell die Voraussetzungen für den Ost-West-Konflikt nicht mehr gegeben.

17 Zur sowjetischen Koexistenz-Doktrin vgl. Egbert Jahn, Friedliche Koexistenz und Entspannungspolitik in sowjetischer Sicht, in: DGFK (Hrsg.), Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld (DGFK-Jahrbuch 1982/83), Baden-Baden 1983, S. 67-90.

18 Zur politischen Begründung dieses Prozesses vgl. etwa Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek 1991.

3. Die Transformation der Ost-West-Beziehungen

3.1 Die neue Staatenordnung

Bei allem, was an Problemen ansteht und im einzelnen noch zu diskutieren sein wird: zunächst gilt es, die friedliche Auflösung des Ost-West-Konflikts als historisches Datum festzuhalten. Die Beendigung eines Hegemonialkonflikts in Friedenszeiten, ohne Krieg, ist außergewöhnlich, wenn auch vielleicht nicht so einzigartig, wie von der realistischen Schule behauptet.¹⁹ Die friedliche Auflösung wurde dadurch möglich, daß die Sowjetunion ihre eigene Politik im Konflikt für gescheitert erklärte und sich aus der Konfliktformation, die sie durch ihren ideologischen und außenpolitischen Machtanspruch entscheidend mitkonstituiert hatte, zurückzog. Die amerikanische Seite hat zur friedlichen Auflösung insofern beigetragen, als sie den Rückzug ihres alten Gegners nicht im klassischen Sinne zur Machterweiterung ausnutzte - auch das im Widerspruch zu Annahmen des Realismus.²⁰

Mit der alten Konfliktformation war das Risiko eines dritten, eines nuklearen Weltkrieges verbunden. Dieses Risiko war wahrscheinlich insgesamt nicht so groß wie von der Friedensbewegung oder auch der Friedensforschung befürchtet, aber es war mit Sicherheit größer als Null. Der vermeintlich stabile nukleare Friede war immer ein prekärer Friede, aus prinzipiellen (technische, bürokratische und politische Grenzen der Rationalität des Abschreckungssystems) wie aus politisch-praktischen (Drohpolitik) Gründen. Eine Kumulation von Krisen über Zeit, alle mit einem gewissen Kriegsrisiko behaftet, hätte statistisch gesehen das Risiko auf Dauer erhöhen müssen. Gewiß sind von Krisen auch Lerneffekte ausgegangen, Regressionen im Konfliktverhalten waren aber ebenfalls zu beobachten. Im Zuge der Auflösung des Ost-West-Konflikts verringert sich das mit dieser Konfliktformation verbundene Risiko eines nuklearen Weltkrieges drastisch, mit der Tendenz gegen Null, auch wenn die militärische Infrastruktur der nuklearen, insbesondere der nuklearstrategischen Abschreckung nicht völlig verschwinden wird.²¹

Die Staatenwelt konnte auch im Zeitalter des Ost-West-Konflikts nur mit Einschränkungen als bipolar gelten. Die Bipolarität traf am ehesten für den militärischen Bereich zu, hier war der herausgehobene Status der beiden Supermächte besonders deutlich. Die Sowjetunion hat ihren Supermachtstatus weitgehend verloren, die Voraussetzungen für eine aktive weltpoli-

19 Vgl. Robert W. Tucker, 1989 and All That, *Foreign Affairs* 69,4 (Herbst 1990), S. 93-114, S. 95: "There does not appear to be an instructive modern historical parallel of a hegemonic conflict simply being terminated by the default in time of peace of one side." In dem strengen Sinne vielleicht nicht, vgl. aber Stephen R. Rock, *Why Peace Breaks Out. Great Power Rapprochement in Historical Perspective*, Chapel Hill und London 1989.

20 Zur Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen seit Gorbatschow vgl. meine eigenen Beiträge im jährlichen Friedensgutachten seit 1987, zuletzt Gert Krell, *Das neue Verhältnis zwischen USA und Sowjetunion*, in: *Friedensgutachten 1991* (wie Anmkg. 1), S. 53-66.

21 Zu neuen möglichen (regionalen) Nuklearkriegsrisiken, die sich auch aus der Auflösung des Ost-West-Konflikts ergeben können, vgl. unten S. 16 f.

tische Rolle sind jedenfalls auf längere Sicht nicht mehr gegeben. Die neue Machtfigur der Staatenwelt wird sich zwischen Unipolarität und Multipolarität einpendeln, wenn diese Kategorien überhaupt noch tauglich sind. Von Polarität kann eigentlich nicht mehr die Rede sein, weil es keine signifikanten Sicherheitsprobleme zwischen den verbliebenen Großmächten gibt und schon gar keine Konfliktformation. Andere haben den Begriff "imperfect oligopoly" vorgeschlagen.²² Dieter Senghaas spricht nur noch von einem "OECD Gravitationszentrum", von einigen fraglichen Aspiranten (China, Indien, Rußland, Brasilien), die noch nicht oder nicht mehr global aktiv sind, und einem "randständigen Rest".²³

In jedem Fall sind die USA die einzige verbliebene Supermacht in dem klassischen Sinne, daß sie über weltweit einsetzbare militärische Machtmittel verfügen, wenn man das nicht auf die bloße technische Fähigkeit zur Machtprojektion und zum Nuklearwaffeneinsatz reduziert. Aber die USA dominieren nicht. Ihr Sieg im Ost-West-Konflikt ist relativ, denn auch sie hat der Rüstungswettlauf, hat die Weltmachtrolle geschwächt. Auch wenn der Golf-Krieg manche zu der Einschätzung verleiten mag: die Staatenwelt nach dem Ost-West-Konflikt ist keine Staatenwelt der Pax Americana.²⁴ Für Weltordnungspolitik, das zeigt gerade die Entwicklung im Nahen Osten, bleiben die USA vorerst auf die Mitwirkung der Sowjetunion angewiesen. Politisch und vor allem ökonomisch befinden sich die Vereinigten Staaten darüber hinaus in einer wechselseitigen Abhängigkeit mit der EG und mit Japan, mit denen sie eine Sicherheitsgemeinschaft bilden. Zwischen diesen Mächten bzw. Mächtegruppen wird es auch in Zukunft nicht zum Einsatz militärischer Gewalt kommen. Das ist eine günstige Voraussetzung für eine Weltfriedensordnung, in der sich kein neuer globaler Hegemonialkonflikt abzeichnet und den Vereinten Nationen die Möglichkeit größerer Ordnungsleistungen eröffnet wird.²⁵

Auch die Voraussetzungen für eine friedliche Staatenordnung in Europa sind an sich durchaus günstig, gerade im Vergleich und im Kontrast zu früheren Versuchen (1815, 1919, 1945). Die neue europäische Friedensordnung wird keine Ordnung der Sieger über die Besiegten sein, sie steht nicht im Schatten eines großen Krieges. Sie kennt keinen fundamen-

22 Roberto Aliboni/Gianni Bonvicini/Cesare Merlini/Stefano Silvestri, Three Scenarios for the Future of Europe, *The International Spectator* 26, 1 (Jan.-März 1991), S. 4-29.

23 Dieter Senghaas, *Internationale Politik jenseits des Ost-West-Konflikts*, Ebenhausen (SWP-AP 2722) 1991.

24 Notwendige Korrekturen zu den völlig überzogenen Erwartungen oder Befürchtungen über die Rolle der USA nach dem Ost-West-Konflikt bringt Christoph Bertram, *Pax Americana Akt II*, Kursbuch, Heft 105 (Krieg und Frieden), September 1991, S. 37-44. Zur Kontroverse über den Niedergang der USA vgl. u.a. Susan Strange, *The persistent myth of lost hegemony*, *International Organization* 41,4 (Herbst 1979), S. 551-574; Barry P. Bosworth/Robert Z. Lawrence, *America's Global Role: From Dominance to Interdependence*, in: John D. Steinbruner (Hrsg.), *Restructuring American Foreign Policy*, Washington 1989, S. 12-47; Stephen Krasner, *Declining American Leadership in the World Economy*, *The International Spectator* 26,3 (Juli-Sept. 1991), S. 49-74; Rudolf Witzel, *Der Niedergang Amerikas - Mythos oder Realität?*, in: Bernd W. Kubbig (Hrsg.), *Transatlantische Unsicherheit*, Frankfurt 1991, S. 105-124.

25 Auseinandersetzungen um regionale Vormachtstellungen wird es weiterhin geben, insbesondere im Nahen Osten, in Südasien und längerfristig im Viereck USA, Japan, China und Rußland.

talent ideologischen Gegensatz, sondern kann aus einem Fundus gemeinsamer Ordnungsvorstellungen aufgebaut werden, die zwar nicht irreversibel sind, aber sich auf der Höhe ihrer Zeit befinden.²⁶ Alle Länder Europas und auch die für eine europäische Friedensordnung relevanten außereuropäischen Mächte, insbesondere die USA, sind über den KSZE-Prozess und vertragliche Vereinbarungen an den Aufbau einer solchen Ordnung gebunden und an ihm beteiligt. Diese Ordnung ist schon jetzt durch ein hohes Maß an Transparenz und insbesondere in Westeuropa (was den Norden, den Süden und die Mitte einschließt) durch intensive institutionalisierte Verflechtungen gekennzeichnet. Der westeuropäische Einigungsprozess schließt bestimmte gewaltförmige Konfliktkonstellationen von vornherein aus, die - wie der deutsch-französische Gegensatz - über Jahrhunderte die europäische Geschichte geprägt haben.

Darüber hinaus bestehen gute Aussichten, daß der dritte Versuch der Versöhnung von deutschem Nationalstaat und europäischer Friedensordnung nicht wieder scheitern wird.²⁷ Sowohl auf der System- wie auf der Akteursebene sind strukturelle Veränderungen zu verzeichnen, die schwerer wiegen als die gravierenden und noch zu bearbeitenden Erblasten der ersten wie der zweiten Diktatur.²⁸ Die politische Einbettung und vertragliche Einbindung nach Westen, nach Osten und in Gesamteuropa ist intensiver als je zuvor, und sie ist freiwillig, sie wird deshalb auch von der Rückkehr zur formellen Souveränität nicht tangiert. Deutschland hat außerdem eine Reihe von Sicherheitszusagen gemacht, ebenfalls freiwillig und im breiten Konsens. Nicht zuletzt deswegen findet die Einigung die Zustimmung aller Nachbarn und aller Großmächte, auch wenn Reserven unverkennbar geblieben sind. Aber die Einheit wurde nicht gegen den Widerstand Dritter durchgesetzt, schon gar nicht mit Gewaltmitteln. Der friedliche und demokratische Einigungsprozess "von unten" muß gerade im Vergleich zur Reichsgründung im 19. Jahrhundert als besonderer Fortschritt gelten. Schließlich bilden die Demokratisierung und Entmilitarisierung der deutschen Gesellschaft und ihrer Außenpolitik Garantien dafür, daß Deutschland nicht wieder zu einem Sicherheitsrisiko für Europa wird. Es wird keine expansionistischen Neigungen mehr entwickeln. Und selbst wenn, es würde sie nicht mehr umsetzen können. Nur eine - extrem

26 Hier lag das Kernproblem des ansonsten sehr konstruktiven Mächtekonzerts im 19. Jahrhundert. Zu dessen Leistungen vgl. Paul W. Schroeder, *The 19th-Century International System: Changes in the Structure*, *World Politics* 39,1 (Oktober 1986), S. 1-26.

27 Vgl. dazu u.a. Karl Kaiser, *Germany's Unification*, *Foreign Affairs* 70,1 (America and the World 1990/91), S. 179-205; Volker Rittberger, *Nach der Vereinigung - Deutschlands Stellung und Verhalten in der Welt*, Beitrag zum Symposium "Regieren in der Bundesrepublik V: Zwischen nationaler Souveränität, europäischer Integration und weltweiten Verflechtungen", DVPW-Kongress vom 7.-11.10.1991 in Hannover; Gert Krell, *Gleichgewicht aus der Mitte? Deutschland und die europäische Friedensordnung im neuzeitlichen Staatensystem*, in: Bruno Schoch (Red.), *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft*, *Friedensanalysen* 26, Frankfurt 1991 (i.D.)

28 Zu diesen Erblasten vgl. etwa Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*, Hamburg 1987 und Hans-Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990. Die sozialpsychologische Problematik der Vereinigung diskutieren Michael Lukas Moeller/Hans-Joachim Maaz, *Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch*, Berlin 1991. Vgl. dazu auch weiter unten S. 13.

unwahrscheinliche - rechtsradikale deutsche Regierung würde sich um eine eigenständige nukleare Option bemühen, und gerade sie würde sie nicht sicherstellen können.²⁹

Auf der Haben-Seite ist ebenfalls zu verbuchen, daß die heutigen Großmächte in Europa nicht mehr so große und außerdem "saturierte" Mächte sind - mit der möglichen Ausnahme Rußlands, darauf wird zurückzukommen sein. Die neuen Regionalkonflikte in Europa, die jetzt schon stattfinden bzw. absehbar sind, sind nicht mehr mit Hegemonialkonflikten verknüpft, sie werden aller Voraussicht nach nicht wieder zu Großkonflikten eskalieren: rivalisierende Bündnisse von Groß- oder Mittelmächten, auf deren Ebene diese Konflikte aufsteigen könnten, gibt es nicht. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien, so problematisch und bedauerlich er ist, löst keinen Weltkrieg mehr aus.

3.2 Die Demilitarisierung

Die politische Demontage der alten Konfliktformation geht einher mit einer Demontage der Militärapparate, die Dimensionen einer Nachkriegs-Demobilisierung angenommen hat: Die historisch einmalige militärische Bedrohungskulisse in Europa löst sich auf, und zwar in beiderlei Gestalt, sei es als "sowjetische Bedrohung" oder als "Gefahr des Wettrüstens". Die größte Militärmaschinerie der Welt, die sowjetische Armee, zieht sich zurück, wird drastisch reduziert, zerfällt äußerlich und innerlich. Der "Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa" (KSE-Vertrag) verfügt die Abrüstung von rund 150.000 Großwaffensystemen der Land- und Luftstreitkräfte und etabliert ein außergewöhnlich detailliertes System der Verifikation und Kontrolle. Damit ist das Ende der Rüstungskürzungen aber noch längst nicht erreicht. Es ist jetzt schon erkennbar, daß die Bestandszahlen bei Personal und Gerät weiter sinken werden - unabhängig von der Frage neuer Rüstungskontrollverhandlungen. Bei den Nachfolgestaaten der WVO liegen die Planungsdaten deutlich unterhalb der in Wien vereinbarten Obergrenzen. Auch auf seiten der NATO sind weitere Absenkungen erkennbar. Das US-Verteidigungsministerium, das zurückhaltend agiert, plant immerhin Kürzungen um 25 %.

Bei den Nuklearwaffen machte der INF-Vertrag den Anfang. Er war das Ergebnis einer sehr widersprüchlichen Koalition von sowjetischen Reformern, europäischer Friedensbewegung und amerikanischen "Hardliners", aber er wurde gerade in der Zusammenarbeit zwischen Reagan und Gorbatschow zu einem zentralen Markstein auf dem Weg zu einer qualitativen Veränderung der Ost-West-Beziehungen.³⁰ Der START-Vertrag, der nach mehreren

29 Die innere wie die äußere Problematik einer deutschen Nukleareoption werden von zwei amerikanischen Beiträgen zur Entwicklung Europas nach dem Ost-West-Konflikt, die ansonsten in ihren Analysen und Empfehlungen weit auseinander liegen, gleichermaßen falsch eingeschätzt. Vgl. John Mearsheimer, *Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War*, *International Security* 15,1 (Sommer 1990), S. 5-56 und Stephen Van Evera, *Primed for Peace: Europa After the Cold War*, *International Security* 15,3 (Winter 1990/91), S. 7-57. Beide betrachten eine deutsche Nukleareoption als stabilisierend.

30 Vgl. Thomas Risse-Kappen, *The Zero Option: INF, West Germany, and Arms Control* (Boulder, Colo.) 1988.

Verzögerungen folgte, bleibt trotz seiner unglaublichen Detaillierung und trotz seiner geradezu radikalen Verifikationsbestimmungen in der Substanz deutlich dahinter zurück. Obwohl er im Vergleich zu seinen Vorläufern SALT I und SALT II wichtige Fortschritte bringt, vor allem auch neben der üblichen Rüstungsregulierung die Rüstungsminderung aufgreift, entspricht er nicht mehr dem Stand der politischen Beziehungen. Allerdings hat Präsident Bush jetzt auf dem Boden von INF und START einen deutlichen Schritt nach vorn getan und die Beseitigung aller boden- und seegestützten sowie die Kürzung der luftgestützten taktischen Nuklearwaffen eingeleitet, außerdem weitere Reduzierungen bei der strategischen Rüstung in Angriff genommen. Die Antwort Gorbatschows geht sogar noch darüber hinaus, sie zielt u. a. auf ein umfassendes Testverbot. Ein vollständiges Verbot chemischer Waffen, über das in Genf immer noch verhandelt wird, würde nicht mehr an den USA oder der UdSSR scheitern.

Die genannten Veränderungen bedeuten in der Summe den Beginn einer radikalen Demilitarisierung der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und perspektivisch die Freisetzung dringend benötigter Ressourcen zur Bearbeitung der eigentlichen Menschheitsaufgaben.

3.3 Die Altlasten

Die Menschen können jedoch aus ihrer Geschichte nicht einfach aussteigen. Der Ost-West-Konflikt hat nicht nur eine Unmenge von Produktivkraft verzehrt, er hinterläßt auch hartnäckige Spuren. Das gilt zunächst einmal für den erheblichen Bestand an militärischem Potential mitsamt der entsprechenden Infrastruktur, der nach der Durchführung der bisher getroffenen Abrüstungsvereinbarungen noch verbleiben wird. Zumindest ein Teil dieses Potentials wird seine Existenz eher den Gesetzen bürokratischer Trägheit als unabhängigen Planungen aufgrund der neuen Sicherheitslage verdanken. Das gilt dann weiter für die militärischen Altlasten im buchstäblichen Sinne, also etwa die Verseuchung von Erde und Wasser durch Nukleartests und Truppenübungsplätze. Die Netto-Sanierungskosten für die sowjetischen Standorte allein im Bundesland Brandenburg werden auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt, die Sanierungskosten für die militärischen Nuklearanlagen in den USA belaufen sich auf insgesamt 100 Mrd. US-Dollar.³¹

Auch die Abrüstung kostet Geld: das betrifft die Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen wie das Verschrotten von Waffen, wobei noch längst nicht alle technischen und politischen Probleme - etwa bei der Verbrennung chemischer Kampfstoffe - geklärt sind. Die Umstellung des militärisch-industriellen Komplexes auf produktivere Tätigkeiten ist mit Kosten und mit politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden, nicht zuletzt wegen der Privilegien, die dieser Sektor lange Zeit genossen hat, und wegen seiner spezifischen Produktionsbedingungen.³² Der Mangel an Wohnungen für Soldaten, insbesondere

31 Der SPIEGEL 20/1991, S. 55 sowie Handelsblatt vom 30. Okt. 1991, S. 7 ("Sowjetische Truppen hinterlassen ein Danaergeschenk") und S. 24 ("Entseuchung der Fabriken teurer als die Produktion").

32 Vgl. dazu SIPRI-Yearbook 1990. Armaments and Disarmament, Oxford-New York-Toronto 1990, S. 344ff.

für Offiziersfamilien, in der Sowjetunion hat dabei wegen seiner innen- und außenpolitischen Brisanz besonders große Aufmerksamkeit gefunden. Die Altlasten sind aber auch in den Köpfen der Menschen, und damit ist nicht nur das Erbe des Totalitarismus gemeint. Der Ost-West-Konflikt hat auch im Westen die Kategorien politischen Denkens geprägt und deformiert. Er hat über die Polarisierung kollektive Projektionen ermöglicht und damit kreatives gesellschaftskritisches Potential gebunden - und zwar in den Selbst- wie in den Fremdidealisationen. Er hat umgekehrt in den Feindbildern Aggressionspotential aufgehoben, das sich nun andere Adressaten sucht. In den Worten von György Konrád:³³

"Wenn es keinen großen Feind gibt, wird es viele kleine geben, das Feindbild bricht in Stücke. ... Wer gelernt hat, Angst zu haben, der reproduziert den Feind: Er braucht ihn."

Die Ablösung von dieser Struktur, deren Tiefenwirkungen nicht zum üblichen Bestand politikwissenschaftlicher Reflexion gehören, und das Einlassen auf die Chancen und die Gefährdungen einer völlig neuen historischen Situation erfordern Anpassungsleistungen nicht nur von den gesellschaftlichen Gruppen, die sehr vordergründig und offensichtlich mit dem Ost-West-Konflikt verbunden waren.

3.4 Neue Staaten und neu-alter Nationalismus

Bis zum Ost-West-Konflikt wurde die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vom Nationalismus und von den Nationalbewegungen entscheidend geprägt. Dieser Nationalismus trat in zwei Varianten auf, einer emanzipatorischen und einer aggressiv-expansionistischen. Nicht immer waren beide Dimensionen klar voneinander zu trennen, und auch aus der defensiven Variante ergab sich Konfliktstoff zwischen konkurrierenden legitimen Ansprüchen. Der Prozeß der Nationalstaatenbildung hat selbst in den westlichen Vorreiterdemokratien eine breite Blutspur hinterlassen, und er ist auch dort bis heute nicht ohne Probleme. Umso größer war die Sprengkraft des Nationalismus im Auflösungsprozeß der alten dynastischen Vielvölkerstaaten, der - wie wir jetzt sagen können - von der Russischen Revolution und vom Ost-West-Konflikt nur unterbrochen worden ist. Europa ist es nur stellen- und zeitweise gelungen, die neugegründeten Nationalstaaten ethnisch befriedigend voneinander abzugrenzen und das friedliche Zusammenleben verschiedener Volksgruppen innerhalb dieser Nationalstaaten zu sichern. Das historisch gewachsene Nebeneinander blieb zwar in manchen Gegenden eine Selbstverständlichkeit, aber ein Großteil der Gemengelagen sind durch Vertreibungen, durch Völkerverschiebungen, ja durch Genozid

33 In einer Rede auf dem PEN-Weltkongreß in Wien, zitiert nach Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 6. November 1991, S. 14. Zur Problematik von Projektionen und Feindbildern vgl. auch die in Anmkg. 28 zitierte Studie von Moeller/Maaz, z. B. S. 131 und 143: "Die offiziellen Feindbilder sind zusammengebrochen, aber nicht die inneren - jene Strukturen, die wir beschrieben haben. Diese brauchen weiterhin die Abreaktion über Sündenböcke. ... Wir haben uns gegenseitig gebraucht und benutzt, um unsere innere Not zu beschwichtigen: Wir haben euch die Größe und Freiheit angedichtet, die wir nicht leben konnten - und für euch verkörpern wir die Enge und Armut, die ihr bei euch nicht wahrnehmen wollt. Der Blick nach außen soll von den inneren Zuständen ablenken. Wenn wir uns wirklich näherkommen wollen, müssen wir die Abspaltungen zurücknehmen und den anderen aus der Projektion entlassen. Dann wären wir viel stärker mit uns selbst konfrontiert."

gewaltsam aufgelöst worden. In einzigartiger Weise hat der Nationalsozialismus mit der Vernichtung der europäischen Juden und der Unterwerfung und partiellen Liquidierung anderer Völker und Volksgruppen diesen historischen Trend gleichsam auf seinen perversen apokalyptischen Begriff gebracht.

Im Ost-West-Konflikt war die Erbmasse des Nationalismus in ihren beiden Varianten weitgehend stillgelegt. Im Westen hat sie sich weiter artikulieren können (Bürgerkrieg in Nordirland und Zypern, baskischer Separatismus, franko-kanadische Bewegung), ihre Problematik ist aber aufs Ganze gesehen im Zuge eines demokratischen Integrationsprozesses und begünstigt durch eine historisch beispiellose Wohlstandssteigerung kontinuierlich entschärft worden. In Westeuropa jedenfalls lösen supranationale Loyalitäten die nationalen Bezüge ab, die sozialen Distanzen haben sich verringert, die Völker vertrauen einander.³⁴

In Ostmittel- bzw. Südosteuropa und in der Sowjetunion selbst ist die Entwicklung in dieser Hinsicht sehr viel widersprüchlicher und insgesamt weit weniger günstig verlaufen. Zwar hat auch dort der wirtschaftliche Wachstumsprozeß neue Loyalitäten jenseits der Ethnien geschaffen.³⁵ Staatliche Integrität und damit auch "nationale Sicherheit" war darüber hinaus nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Eroberung (bzw. nach dem Ende der Kollaboration) durch die sowjetische Dominanz garantiert. Auf der anderen Seite hat es im ganzen sozialistischen Lager - trotz empirisch belegbarer und zum Teil auch erfolgreicher Bemühungen um die Korrektur alter wirtschaftlicher Ungleichgewichte, etwa zwischen Böhmen/Mähren einerseits und der Slowakei andererseits - an einer konstruktiven Bearbeitung der historischen Rivalitäten gefehlt, ja sind zum Teil erst die Grundlagen für solche Rivalitäten geschaffen worden. Das gilt insbesondere für die repressive stalinistische Nationalitätenpolitik, die die Unterdrückung ethno-nationaler Ambitionen gezielt mit der Zerstörung traditioneller ethnischer Siedlungsstrukturen verband. Als besonders brisant erweist sich jetzt - auch über die Sowjetunion hinaus - die Kombination von offizieller Verleugnung der inner- und zwischenstaatlichen Nationalismus-Problematik im Sozialismus überhaupt (angelegt in der marxistischen Ideologie-Tradition) mit der tatsächlichen Privilegierung einer führenden ethnischen Kerngruppe.

In Osteuropa sind die überlieferten Feindbilder und nationalen Stereotype intakt geblieben, und zwar nicht nur zwischen Ostmitteleuropa und den Völkerschaften im Westen der ehe-

34 Empirische Belege z. B. bei Mattei Dogan, National Versus Supranational Political Loyalties in Western Europe, Papier für die Konferenz über "European Military and Political Environment in a Post Cold War Era", sponsored by Defense Academic Research Support Program, Defense Intelligence College, and Headquarters United States European Command, Stuttgart, 6-7 November 1991.

35 Bruno Schoch macht zu Recht darauf aufmerksam, daß der Modernisierungsprozeß - die Auflösung traditioneller Strukturen - seinerseits wieder eine Voraussetzung für den Nationalismus darstellt. Auch von daher ist die aktuelle Nationalismus-Problematik im Postsozialismus keine bloße Anknüpfung an 1919 oder 1939-45. Allerdings ist dabei die sehr große Bandbreite der unterschiedlichen sozio-ökonomischen Ausgangslagen - von Böhmen bis Sibirien - in Rechnung zu stellen. Vgl. Bruno Schoch, Der neu aufbrechende Nationalismus in Europa als Bedrohung für Stabilität und Frieden, Beitrag zur HSFK-Tagung "Chancen und Probleme einer zukünftigen europäischen Friedensordnung", Frankfurt, 13./14. November 1991.

maligen Sowjetunion. Auch zwischen Polen, Tschechen und Ungarn überwiegt das Mißtrauen, wie neuere Meinungsumfragen belegen: Polen und Tschechoslowaken glauben mehrheitlich, in einer feindlichen Umwelt zu leben.³⁶

Mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts gerät also die Erbmasse des Nationalismus und der Nationalstaatenbildung wieder in Bewegung, und zwar im Osten weit mehr als im Westen. Dabei werden nicht nur die territorialen Grenzziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch die der Pariser Vorortverträge von 1919 ff. in Frage gestellt. Es geht inzwischen sogar um mehr als alte Grenzstreitigkeiten, es geht auch um den Bestand der Staatenkonfiguration des europäischen 20. Jahrhunderts. Jugoslawien und die noch ältere russisch-sowjetische Union befinden sich bereits im Prozeß der Auflösung, der Fortbestand der CSFR ist keineswegs gesichert.

Die Schwierigkeiten bei der Nachfolgestaatenbildung sind jetzt schon erkennbar: der halb Bürger-, halb Staatenkrieg in Jugoslawien ist nur der offenkundigste Ausdruck einer ganzen Kette latent oder schon akut gewaltförmiger Konflikte. Zu den Konflikten um die Grenzziehungen zwischen den Nachfolge-Nationalstaaten kommt ein vervielfältigter Regulierungsbedarf für alte und neue ethnische Minderheiten, da auch die meisten dieser potentiellen neuen Staaten oder Halbstaaen eher Nationalitäten- als Nationalstaaten sein werden. Fast alle jugoslawischen und sowjetischen Republiken haben signifikante Minderheiten. Der Auflösungsprozeß reicht bis in diese Republiken hinein, und die halbierte Emanzipation - Befreiung der neuen republikanischen Staatsvölker aus den alten Gesamtstaaten, zugleich Unterdrückung oder Benachteiligung der eigenen angestammten oder erworbenen Minderheiten - legt den Grundstein für zusätzliche Konflikte, wie in Litauen, Lettland, Kroatien, Serbien, Moldawien, Georgien etc. in unterschiedlichen Ausprägungen zu beobachten. Die Emanzipation wird dabei nicht nur "nach unten" halbiert, sondern auch gegen die ehemals führenden Staatsvölker "verkehrt".³⁷ Aber wenn z. B. Inguschen und Tschetschenen oder Tataren den Austritt aus der russischen Föderation fordern, haben dann nicht die Russen in den anderen Republiken Anspruch auf Eintritt? Oder wenn die Kroaten aus der jugoslawischen Föderation austreten wollen, warum sollen dann nicht auch Serben gebietsmäßig aus Kroatien austreten dürfen? Der Verweis auf historische Grenzen hilft da wenig, da fast alle Grenzen auf der Welt künstlich, d. h. politische Grenzen sind, wie ja gerade der Wunsch nach Auflösung der alten Staatsverbände wieder unterstreicht. Als Komplikation kommt freilich hinzu, daß vielen ethnischen Gemengelagen nicht einmal mit Grenzkorrekturen oder Gebietsverschiebungen beizukommen wäre. Gegenüber der Mythologisierung von Nation und Geschichte bieten nur das Gewaltverbot und das ungeteilte Selbstbestimmungsrecht eine Chance für Kompromisse, will man nicht auf das fragwürdige Mittel des Heimattauschs durch wechselseitige Umsiedlung zurückgreifen.

36 Die Daten zu Polen und Ungarn bei Dogan (Anmkg. 34), S. 20, zitiert nach Eurobarometer vom Dezember 1990: A-47.

37 Ich benutze bewußt den Terminus "verkehrt". Daß sich die Emanzipation auch gegen die vormals privilegierten Ethnien "kehrt", geht schon aus dem Begriff Emanzipation hervor. Die Aufhebung von Privilegien bedeutet aber die Beseitigung von Sonderrechten (im Sinne der Bevorzugung), nicht die bloße Umkehr der asymmetrischen Struktur.

Auch unter optimistischen Annahmen einer allmählichen Konsolidierung der Nationalstaatenbildungs- oder -umbildungsprozesse mit effektivem Minderheitenschutz und neuen Föderations- bzw. Konföderationsformen ergeben sich für die Staatenwelt in Europa und Asien völlig neue Konstellationen. Es kann nicht deutlich genug unterstrichen werden: es steht weit mehr an als die Auflösung des Ost-West-Konflikts. Vorbehaltlich einer gewaltvollen Rekonstruktion der russisch-sowjetischen Union - die nicht auszuschließen, aber unwahrscheinlich ist - geht es auch um die historische Fortsetzung des krisenhaften Auflösungsprozesses imperialer Vielvölkerstaaten (Osmanisches Reich, Österreich bzw. Österreich-Ungarn, Rußland/die Sowjetunion; auch Äthiopien kann hier genannt werden), die über Jahrhunderte Geschichte gemacht haben.

Damit wird sich die politische Landkarte Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens erheblich verändern. Es werden neue politische Regionen mit neuen politischen Konfliktfeldern und Fernwirkungen entstehen.³⁸ In Osteuropa können sich längerfristig Rivalitäten zwischen der Ukraine und Rußland oder zwischen Polen, Rußland und der Ukraine entwickeln mit dem Risiko eines regionalen Rüstungswettlaufs. Krisenpotential birgt auch das Dreieck Ukraine, Moldawien, Rumänien oder ein ungarischer Revisionismus; immerhin wird in Ungarn über Grenzveränderungen spekuliert. Die Sprengwirkung der Konflikte in Jugoslawien für die ganze Balkanregion ist notorisch.³⁹ In Asien beobachtet die chinesische Führung nervös die Freisetzung ethnischer Politik an Chinas Nordgrenze und mögliche Rückwirkungen auf die innere Mongolei und die Provinz Xin-jiang.⁴⁰ Der Bürgerkrieg in Afghanistan ist kaum noch ein Ost-West-Problem, sondern jetzt schon weitgehend ein innerislamischer Konflikt. Fundamentalistische Gruppierungen streben einen Schulterschuß von Teheran bis weit in den Nordwesten Indiens an, um von dieser Brücke aus die moslemischen Republiken im asiatischen Teil der alten Union in den Blick zu nehmen. In der Sowjetunion selbst (und in China) regen sich islamistische Tendenzen. Auch in dieser Hinsicht führt die Auflösung des Ost-West-Konflikts zu einer "Entgrenzung" bzw. zu einer Aufwertung älterer Grenzen, in diesem Falle der politisch-kulturellen Grenze zwischen Islam und Christentum, die geographisch (oder politisch) mitten durch einzelne Länder oder Republiken der alten Konfiguration verläuft.

Ein Sonderproblem bilden die sowjetischen Nuklearwaffen unter den radikal veränderten Bedingungen einer sich auflösenden UdSSR.⁴¹ Das betrifft zum einen die Frage der nuklearen Kontrolle in der Zentrale. Nach dem gescheiterten Putsch haben zwar der neue

38 Die Regionalisierung in der Sowjetunion und die Entwicklungen in den verschiedenen sowjetischen Republiken beschreibt im einzelnen Martha Brill Olcott, *Rival Nationalisms in the USSR: Reviving Political Discourse*, Papier für die in Anmkg. 34 genannte Konferenz.

39 Vgl. dazu F. Stephen Larrabee, *Long Memories and Short Fuses: Change and Instability in the Balkans*, *International Security* 15,3 (Winter 1990/91), S. 58-91.

40 Vgl. Lena H. Sun, *China Fears Spillover From Soviet Agitation*, *International Herald Tribune (IHT)* vom 21./22. Sept. 1991, S. 2.

41 Vgl. dazu Christian Schmidt-Häuer, *Die Suche nach dem verlegten Schlüssel*, *Die ZEIT* Nr. 39 (19. Sept. 1991), S. 9 und James M. Goldgeier, *The Soviet Threat to the New Europe*, Paper Presented to the Third PRIF-PSP Conference "The New Europe", Cornell University, Ithaca, New York, September 5-8, 1991.

Verteidigungsminister Schaposchnikow wie auch Gorbatschow und Jelzin versichert, die Atomwaffen seien während des Coups in sicheren Händen gewesen. Von der Führung der strategischen Streitkräfte wurden außerdem Maßnahmen getroffen, die der amerikanischen Aufklärung eine Reduzierung der Gefechtsbereitschaft signalisierten. Die Verwirrung um die militärische Kommandozentrale des Präsidenten und die Koffer mit den elektronischen Einsatz-Codes war aber offensichtlich doch so groß, daß das bisherige Sicherheitskonzept in Frage gestellt werden muß, unabhängig davon, wer die Atomwaffen der zerfallenden Supermacht übernehmen soll.

Auch die Gefahr, daß sich eine der vielen Bürgerkriegsparteien in den Republiken mit Gewalt taktische Nuklearwaffen aneignet, ist nicht völlig auszuschließen. Hinzu kommen Fragen der Disziplin bei den Wachmannschaften bzw. den entsprechenden Truppenteilen. Eine Armee, deren Soldaten Waffen und Uniformen auf dem Schwarzmarkt verkaufen, kann prinzipiell auch spaltbares Material auf diesem Weg verlieren.

Diese Risiken mögen gering sein, und sie werden möglicherweise ganz aufgehoben, wenn es zu dem anvisierten Abbau der meisten taktischen Nuklearwaffen kommt. Nicht geklärt ist damit jedoch die Frage der Verfügung über die zentralstrategischen Nuklearwaffen und die ganze dazugehörige Infrastruktur. Die strategischen Waffen sind mittlerweile zu Faustpfändern in den Verhandlungen zwischen den Republiken über die Neukonstituierung der Union geworden. Gerüchte über einen Präventivschlag Rußlands gegen die Ukraine - er wurde sogleich als politisch abwegig und technisch gar nicht möglich bezeichnet - zeigen neue Sensibilitäten und Nervositäten an.⁴² Wie die geplante einheitliche strategische Führung technisch und politisch aussehen soll, ist noch offen. Je nachdem, wie sich dieser Diskussions- und Entscheidungsprozeß entwickelt, ist vielleicht sogar der Nichtverbreitungsvertrag berührt. Unter Proliferationsgesichtspunkten bedenklich sind neben den Sprengköpfen selbst (den "warheads") der wissenschaftlich-technische Apparat der Nuklearforschung und -industrie in der Sowjetunion. Wegen der desolaten Wirtschaftslage werden viele der durch den militärischen Schrumpfungsprozeß freigesetzten Experten (die "eggheads") ihre Kenntnisse und Verbindungen auf dem internationalen Markt, d. h. insbesondere den nuklearen Aspiranten in der Dritten Welt anbieten.⁴³

41 SZ vom 25. Okt. 1991, S. 7. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Nuklearwaffen auf dem Territorium der Republiken auch zu Spielmaterial im diplomatischen Verkehr mit dem Ausland werden können. Auf längere Sicht wird die innersowjetische Proliferationsgefahr dadurch eingeschränkt, daß außer Rußland keine der Republiken in der Lage sein wird, die erforderliche Infrastruktur für eine nukleare Streitmacht aufrechtzuerhalten bzw. aufzubauen.

43 Auf das Problem der "eggheads" neben den "warheads" haben mich Bernd W. Kubbig und Harald Müller aufmerksam gemacht.

4. Die Ökonomisierung der internationalen Politik

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden im Weltmaßstab ökonomische Fragen und Konflikte, die lange von sicherheitspolitischen Problemen wie Abschreckung, Verteidigung, Gleichgewicht und Rüstungskontrolle überlagert wurden, stärker hervortreten.

4.1 Der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaft

Mit dem Ost-West-Konflikt löst sich auch der Systemgegensatz zwischen Markt- und Zentralverwaltungswirtschaften auf. Damit ergibt sich die Aufgabe und die Problematik der Reintegration Osteuropas und der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, wozu u. a. die Rekonstruktion eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes gehört. Die Friedensrelevanz dieser Aufgabe ist angesichts der desolaten Hinterlassenschaft der kommunistischen Wirtschaft unmittelbar einleuchtend. Dabei hat dieses Wirtschaftssystem durchaus gewisse Leistungen vorzuweisen, was erst im Vergleich mit einigen kapitalistischen Entwicklungsländern richtig deutlich wird. Aus einer solchen Perspektive kann es sehr wohl als problematisch erscheinen, daß der Sozialismus als Modell nachholender Entwicklung letztendlich doch klar gescheitert ist. Die systemischen Defizite waren so überwältigend, daß die sowjetische Führung selbst die Flucht nach vorn antrat, d. h. - in den alten Kategorien gesprochen - schließlich zum Systemgegner überlief. Sowjetische Intellektuelle bezeichnen die Zentralverwaltungswirtschaft heute als "theater of the absurd", als ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit.⁴⁴ Wichtige Stichworte sind hier: chronische Unterversorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen, Vernachlässigung der Landwirtschaft, geringe Effizienz der Investitionen allgemein und Aufbau von Produktionszweigen ohne komparative Kostenvorteile, Zerfall der Infrastruktur und - sektoral - auch des Humankapitals, groteske Verschwendung von Ressourcen, Zerstörung der Umwelt noch weit rücksichtsloser als im entwickelten Kapitalismus, das Herunterwirtschaften des Kapitalstocks im wirtschaftlich schon fortgeschrittenen Zentraleuropa.

4.2 Die neue Entwicklungsproblematik

Für die Rekonstruktion der Weltwirtschaft stellt sich als ganz neue und bisher unbekannte Aufgabe die Transformation und die Sanierung von Planwirtschaften, zugleich wird eine ganz alte Entwicklungsproblematik virulent: das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle in Europa, dessen Wurzeln bis ins späte Mittelalter und in die frühe Neuzeit zurückreichen

44 Vgl. etwa Sergey Fedorenko, *Roots and Origins of the Protracted Soviet Crisis*, in: Paul Holman et al., *The Soviet Union after Perestroika: Change and Continuity*, Cambridge, Mass. and Washington, D.C. (Institute for Foreign Policy Analysis, Special Report) 1991.

und das Fragen von Krieg und Frieden mitbestimmt hat.⁴⁵ Diese doppelte Entwicklungsproblematik fiel solange nicht ins Gewicht, wie sie durch den Ost-West-Konflikt von den Staatenbeziehungen abgekoppelt war. Eine wirkliche wirtschaftliche Vernetzung zwischen Ost und West hat es trotz der Entspannung nicht gegeben, und der RGW sicherte auf seine unzulängliche Weise sogar ein gewisses Maß an Stabilität auf niedrigem Niveau.

Durch die sozialistische Entwicklungsphase ist die Kluft zwischen West und Ost heute eine andere als noch im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die forcierte Industrialisierung hat Teilen Osteuropas zunächst durchaus Vorteile gebracht. Aber der Abstand zum Westen ist schließlich wieder gewachsen; in den achtziger Jahren ging die weltwirtschaftliche Bedeutung des RGW drastisch zurück - nicht zuletzt gegenüber den ostasiatischen Aufsteigern -, der Strukturwandel durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien konnte nicht verarbeitet werden. Die heutige Kluft zwischen West und Ost ist zwar nicht mehr eine zwischen Industrie- und Agrargesellschaften, aber eine zwischen Ökonomien mit hoher Produktivität in allen wirtschaftlichen Sektoren und solchen mit erheblichen Defiziten in der Landwirtschaft, im industriellen Sektor, bei den Dienstleistungen, in der Infrastruktur und bei der Entwicklung des Humankapitals. Nach vierzig Jahren planwirtschaftlicher Industrialisierung sind somit die Ausgangsbedingungen in Ostmitteleuropa ungünstiger als sie es z. B. für Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg oder für Österreich 1955 waren.⁴⁶

Die Schwierigkeiten der kombinierten Herausforderung von Transformation und nachholender Entwicklung sind evident. Marktwirtschaft läßt sich nicht einfach verordnen. Sie bedarf eines Geflechts von Institutionen und Regeln (z. B. Bankensystem, Rechtsordnung mit Eigentums- und Vertragsrecht, Managementkapazitäten), die sich in den westlichen Ländern zum Teil über sehr lange Zeiträume etabliert und weiterentwickelt haben. Der Aufbau dieser Institutionen kommt in den vormals sozialistischen Ländern nur sehr langsam voran, ebenso die Privatisierung der Betriebe. Osteuropa drängt auf die EG-Mitgliedschaft, doch die internen Strukturen und die begrenzte Wettbewerbsfähigkeit verweisen die Staaten des ehemaligen RGW-Raumes auf die alten geschützten Handels- und Zulieferverbindungen. Gerade die aber brechen zusammen, durch die Auflösung der gewachsenen Arbeitsteilung, wegen der allgemeinen Krise in allen diesen Ländern oder aufgrund politischer Konflikte.

In der Sowjetunion selbst verläuft dieser Prozeß besonders dramatisch. Denn trotz aller strukturellen Defizite war auch die sowjetische Volkswirtschaft eine komplexe und vor allem stark vernetzte Ökonomie mit einem sehr hohen Grad an Arbeitsteilung und Spezialisierung. Was immer für die politische Rationalität der Eigenständigkeit in den

45 Vgl. dazu Jenő Szücs, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt 1990; Daniel Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness in Eastern Europe. Economics and Politics from the Middle Ages Until the Early Twentieth Century*, Berkeley-Los Angeles-Oxford 1989.

46 So Dieter Senghaas, *Quo Vadis, Europa?*, Ebenhausen (SWP-AP 2679) 1991, S. 44 und Jürgen Nötzold, *Die Stellung Osteuropas im Europäischen Wirtschaftsraum*, in: Ders. (Hrsg.), *Europa im Wandel: Entwicklungstendenzen nach der Ära des Ost-West-Konflikts*, Baden-Baden 1990, S. 187-211, S. 195f.

einzelnen Republiken sprechen mag, die Konsequenzen wirtschaftlicher Separierung sind fatal und auf Grund der gewachsenen Strukturen nicht kurzfristig zu kompensieren.

Die Luxusvariante der Reintegration in die Weltwirtschaft steht nur den neuen Bundesländern, der ehemaligen DDR, offen: hier wird der Kollaps mit 100-Milliarden-Beträgen einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt aufgefangen, und ein Ende der Subventionen ist nicht absehbar. Die anderen ehemaligen Planwirtschaften stehen vor unvergleichlich komplizierteren Übergangsperioden, ob sie nun den großen Sprung direkt riskieren oder den gleitenden Wechsel suchen.⁴⁷ Der alten Sowjetunion droht das wirtschaftliche Chaos, die Kontrolle über die Finanzen scheint verloren; Jugoslawien steht vor dem Ruin. Nicht nur in Rußland gefährdet der wirtschaftliche Niedergang die Substanz, das heißt die bloße Überlebenssicherung.

4.3 Risiken im OECD-Bereich

Die Weltwirtschaft ist für die neue Jahrhundertaufgabe der Rekonstruktion besser gerüstet als sie es etwa nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war, aber die Voraussetzungen sind keineswegs ideal.⁴⁸ Zwar sehen verschiedene Experten-Studien bei ihren Berechnungen der Aufbauhilfe für Osteuropa und die Sowjetunion keine Überforderung der OECD-Länder.⁴⁹ Aber auch viele der sogenannten entwickelten Länder leben seit längerem über ihre Verhältnisse, die wirtschaftlich einst dominierenden USA sind selbst vom Ost-West-Konflikt geschwächt. Der lange Aufschwung der achtziger Jahre war eine Konjunktur auf Pump, das amerikanische Haushaltsdefizit stellt ein langfristig wirkendes und die gesamte Weltwirtschaft belastendes Erbe dar.⁵⁰ Die internationalen Kapitalmärkte sind angesichts dieser Belastung und angesichts der neuen Herausforderungen, zu denen noch der Wiederaufbau in der Golfregion kommt, sehr angespannt.

Als weitere Komplikation sind Konflikte in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den "Großen Drei" (USA, EG und Japan) zu nennen, denen nicht mehr nur der Disziplinierungseffekt des weltwirtschaftlichen Hegemons fehlt, sondern auch der Disziplinierungs-

47 Vgl. etwa Hans-Joachim Spanger, Trapped in a Vicious Circle. Systemic Change and Economic Crisis in Eastern Europe and the Soviet Union, Paper Presented to the Third PRIF-PSC Conference on "The New Europe", Cornell University, Ithaca, New York, September 5-7, 1991.

48 Den Zusammenhang zwischen Erstem Weltkrieg, Zerstörung der Weltwirtschaft und Zweitem Weltkrieg beschreibt sehr eindringlich David Kaiser, Politics and War. European Conflict from Philip II to Hitler, Cambridge, Mass. 1990, S. 354 ff. (The Failure of Reconstruction).

49 Das gilt etwa für die Ifo-Studie, die einen Betrag von 50 Mrd. DM pro Jahr veranschlagt. Diese Summe mache nur etwa 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder aus und bleibe weit hinter den Leistungen des Marshall-Planes für den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Vgl. den Bericht in der SZ vom 8. Nov. 1991, S. 33. Beim Vergleich mit dem Marshall-Plan sind freilich die unterschiedlichen sozio-ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

50 Vgl. dazu Lester C. Thurow/Laura D'Andrea Tyson, The Economic Black Hole, Foreign Policy Nr. 67 (Sommer 1987), S. 3-21.

effekt des gemeinsamen Systemgegners. Die Schwierigkeiten, die laufende Uruguay-Runde im Rahmen des GATT zum Abschluß zu bringen, sind nur eines von mehreren Symptomen für die Friktionen zwischen den OECD-Ländern. Oder in den Worten eines Weltwirtschaftsexperten:⁵¹

"Währungsdisparitäten und -instabilitäten finden sich am laufenden Band; große Handelsungleichgewichte halten sich hartnäckig; Protektionismus und Neomerkantilismus nehmen zu; das Schuldenproblem der Dritten Welt ist nicht gelöst; die politische Zusammenarbeit ist eher zufällig und fragil."

Gegenwärtig ist noch nicht ausgemacht, ob die führenden Wirtschaftsmächte ihr gemeinsames Management stabilisieren und die Weltwirtschaft weiter liberalisieren können oder ob sich auf Dauer drei große Wirtschaftszonen herausbilden werden. Die politischen Konsequenzen solcher abgeschotteter Wirtschaftsräume sind nicht eindeutig geklärt, aber nicht nur die klassische Wirtschaftstheorie, sondern auch die politische Ökonomie warnen eher vor dem Konfliktpotential einer solchen Entwicklung.⁵²

51 C. Fred Bergsten, *The World Economy After the Cold War*, *Foreign Affairs* 69,3 (Sommer 1990), S. 96-112, S. 105. Vgl. aber auch C. Michael Aho/Bruce Stokes, *The Year the World Economy Turned*, *Foreign Affairs* 70,1 (America and the World 1990/91), S. 160-178.

52 Gegen eine Überbewertung der Risiken des Protektionismus argumentiert Susan Strange, *Protectionism and world politics*, *International Organization* 39,2 (Frühjahr 1985), S. 233-259. Sie sieht das Hauptstabilitätsproblem nicht im Handels-, sondern im Finanzsektor.

5. Demokratisierung: Tendenz und Gefährdung

Die Auflösung des Ost-West-Konflikts ist mit einem Demokratisierungsschub verbunden. Das gilt zunächst einmal für die Länder des sogenannten Ostblocks, die die kommunistischen Ein-Parteien-Diktaturen weitgehend durch frei gewählte Regierungen ersetzt haben. Dieser Prozeß vollzog sich fast überall gewaltfrei, auch der Putsch des alten Apparats in der Sowjetunion im August 1991 konnte unter geringen Opfern abgewehrt werden.

Es ist möglich, daß diese Entwicklung Teil eines historischen Prozesses der Demokratisierung ist, in dessen Verlauf sich das westlich-pluralistische Politikmodell mit Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte weltweit durchsetzt.⁵³ Trotz Rückschlägen in einzelnen Perioden wie etwa der Zwischenkriegszeit hat sich in der Tat die Zahl der Demokratien kontinuierlich vergrößert. Im Westen selbst ist die Demokratisierung Deutschlands, Japans und in Südeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. in den siebziger Jahren zu nennen. Der gegenwärtige Schub in Osteuropa fällt in eine Zeit, in der auch in anderen Regionen Demokratisierungs- oder Redemokratisierungstendenzen zu beobachten sind, wie in Lateinamerika, in Afrika, ansatzweise auch in den islamischen Ländern. Hinzu kommen jetzt die Demonstrationseffekte der "europäischen Revolution" von 1989-1991.

Diese Demokratisierungstendenz ist von höchster Friedensrelevanz. Es ist nicht nur theoretisch begründet, sondern inzwischen empirisch hinreichend belegt, daß Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.⁵⁴ Dieser Befund ist gewiß mit Vorbehalt zu betrachten, da die angewandten Definitionskriterien der Diskussion bedürfen, ebenso wie die Frage der Legitimität oder Illegitimität der Kriege zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien. Aber es ist ein Befund, der mehr als die bloße Plausibilitätsvermutung für sich in Anspruch nehmen kann und der deshalb Gewicht hat. Und natürlich ist auch der Zugewinn an politischen Rechten und Freiheiten und die Abnahme innenpolitischer Gewalt und Willkür für sich genommen als Fortschritt in Rechnung zu stellen.

Aber auch wenn der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden verbürgt ist, der Fortschritt ist es nicht. Die kollektiven Regressionen im Faschismus und Nationalsozialismus liegen noch nicht weit genug zurück, um die Demokratisierung im Westen ein für allemal auf der Haben-Seite zu verbuchen. Demokratisierung als massenhafte Zunahme von Chancen für Beteiligung am politischen Prozeß ist eine sehr widersprüchliche Entwicklung, wie die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gezeigt hat. Offenbar ist es notwendig, Kategorien wie Demokratisierung oder Zivilisationsprozeß inhaltlich so weit zu füllen, daß sie politische, moralische und emotionale Kompetenzen umfassen, womit

53 Vgl. dazu den Beitrag von Larry Diamond, *Beyond Authoritarianism and Totalitarianism: Strategies for Democratization*, *The Washington Quarterly* 12,1 (Winter 1989), S. 141-163. Der Beitrag wurde noch vor der "europäischen Revolution" verfaßt.

54 Vgl. dazu etwa Volker Rittberger, *Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44/87 (31. Oktober 1987), S. 3-12.

Bereiche der Erziehung bis hin zur frühkindlichen Sozialisation erschlossen werden, die bei einer bloß formalen Betrachtung ausgeblendet bleiben.⁵⁵

Die ganze Widersprüchlichkeit im historischen Modernisierungsprozeß des Westens selbst und die Widersprüchlichkeit seines Modells wird nun in Osteuropa vorgeführt, das auch hier mit historisch weit zurückreichenden Belastungen zu kämpfen hat.⁵⁶ Nicht nur, daß beim Gewinn politischer Freiheiten vielfach auch soziale Errungenschaften wieder verlorengehen, was das Problem der halbierten Menschenrechte aufwirft; nicht nur, daß auch der formale Demokratisierungsprozeß sich noch längst nicht überall durchgesetzt hat - teilweise wurden die alten Strukturen nur neu etikettiert, teilweise sind die neuen Strukturen durch Revision gefährdet. Nein, die Demokratisierung drängt dort schon zur Gewalt, wo sie neuen Legitimationsbedarf schafft, den sie noch nicht auf stabile Füße stellen kann, sondern wieder in der Unterdrückung, nur eben diesmal anderer (Völker, Volksgruppen) sucht. Und sie wird zum Gegner ihrer selbst, wenn sie den Menschen aufgrund der Misere der Verhältnisse keine Perspektive bieten kann. Gegenwärtig steht der neu gewonnenen, aber noch nicht dauerhaft institutionalisierten Freiheit eine Verschlechterung der Lebensbedingungen gegenüber. Die Nachteile des westlichen Modells (Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogen) zeigen sich sofort, seine materiellen Vorteile lassen für die Mehrheit der Bevölkerung noch auf sich warten. Und in der Sowjetunion hat die eigentliche Transformationskrise noch gar nicht begonnen.

Anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten werden den Demokratisierungsprozeß gefährden. Autoritäre Regimevarianten sind unter Umständen das kleinere Übel im Vergleich zum totalen Regimeverfall, aber es kann ebenso sehr zu regressiven Scheinlösungen kommen. Eine Rekonstituierung der kommunistischen Weltbewegung alten Stils kann man wohl ausschließen. Die kommunistischen Parteien werden sich sozialdemokratisieren, zum Teil ernsthaft, zum Teil per Etikettenschwindel. Auch verfügt die kommunistische Orthodoxie durchaus noch über eine gewisse Anhängerschaft. Der alte Apparat hat aber auch unabhängig davon auf verschiedenen Ebenen noch Machtmittel und Revisionsmöglichkeiten, insbesondere in Südosteuropa und in der Sowjetunion.

Andere Gefährdungen kommen von rechtsradikalen bis hin zu faschistoiden oder faschistischen Gruppen und Parteien. Die Warnungen russischer Intellektueller und Politiker vor einem russischen Faschismus sind vermutlich nicht nur taktisch gemeint. Objektive Bedingungen wie Massenelend infolge der Wirtschaftskrise und Benachteiligung, möglicherweise sogar Drangsalierung der neuen russischen Minderheiten in den Republiken

55 Vgl. etwa die interessante Aussage von Hans-Joachim Maaz zur Lage in den neuen Bundesländern: "Demokratie ist ein Prozeß, der in den Seelen der Menschen erst durch ihre Beziehungen reifen muß. Wir dagegen haben im Moment nur ein demokratisches Gehabe angenommen und verbergen darunter unsere Autoritätssucht. Wir wollen lieber geführt, ja verführt werden, nur um bei größerer Eigenständigkeit nicht unser eingegengtes Leben wahrnehmen zu müssen." Moeller/Maaz, *Einheit* (Anmkg. 28), S. 118. Für mich ist eines der bedeutendsten Bücher zum Verständnis des Nationalsozialismus die psychologisch-pädagogische Studie von Alice Miller, *Am Anfang war Erziehung*, Frankfurt 1983.

56 Vgl. dazu George Schöpflin, *The Political Traditions of Eastern Europe*, *Daedalus* 119,1 (Winter 1990), S. 55-90.

könnten in Verbindung mit verbreiteten subjektiven Befindlichkeiten wie einem frustrierten russischen Messianismus, kulturellem Fundamentalismus und großrussischem Chauvinismus durchaus eine Massenbasis für die bereits vorhandenen oder für neue faschistische Bewegungen bilden. Die Hoffnungen, daß es sich bei den nationalistischen Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion um echte Emanzipationsbestrebungen oder nur um ein notwendiges Durchgangsstadium im Modernisierungsprozeß handelt, das nicht mehr die Ebene groß angelegter Aggressionen erreichen wird, sind nicht unbegründet, aber sie können auch trügen.

6. Die Nord-Süd-Problematik

6.1 Vom Ost-West-Konflikt zum Nord-Süd-Konflikt?

In der öffentlichen Debatte ist gegenwärtig wieder einmal häufig das Argument zu hören, der Ost-West-Konflikt werde nun vom Nord-Süd-Konflikt abgelöst. Der Golf-Krieg, in dem die alte zweite Supermacht das militärische Niederringen ihres einstigen Dritte-Welt-Klienten durch den ehemaligen Systemgegner tolerierte, ja sogar politisch absicherte, scheint diese These vordergründig zu untermauern: auf das Ende des Ost-West-Konflikts folgt sogleich ein Nord-Süd-Krieg, unmittelbarer und brutaler Ausdruck einer Drehung der entscheidenden globalen Konfliktachse um 90 Grad.

Gegen eine solche Interpretation sind eine Reihe von Einwänden geltend zu machen. Was die militärische Dimension betrifft, so könnte der Golf-Krieg allenfalls als Fortsetzung oder Wiederaufnahme eines älteren Trends gedeutet werden, der noch in den fünfziger und sechziger Jahren weit ausgeprägter war. Rein statistisch gesehen haben wir es mit einer kontinuierlichen Abnahme der Nord-Süd-Kriege zu tun, wobei die historischen Schwerpunkte einmal in der gewaltsamen Unterwerfung des Südens in der Zeit des Imperialismus und dann wieder in der Phase der Befreiungskriege liegen.⁵⁷ Außerdem spricht vieles dafür, daß der Golf-Krieg auf ganz spezifische Umstände zurückzuführen ist und keineswegs prototypisch für weitere Auseinandersetzungen sein wird.⁵⁸ Die irakische Führung hatte mit der Invasion und Annexion Kuwaits nicht nur auf besonders eklatante Weise internationale Normen verletzt, sondern auch ihr Bedrohungspotential für eine Reihe von Regionalmächten und wegen des strategischen Rohstoffs Öl auch für die Weltmacht USA unter Beweis gestellt. Erst diese ungewöhnliche Kombination ermöglichte es der Regierung Bush, ihre Gegenmaßnahmen in einen ordnungspolitischen Kontext zu stellen, ohne den sie ihre Aktionen wahrscheinlich weder nach außen noch nach innen hätte legitimieren und durchsetzen können.

Auch wenn der Golf-Krieg gerade in den Entwicklungsländern, insbesondere im arabischen Raum, vielfach in Kategorien von Nord und Süd gedeutet wird, so zeigen doch schon die Koalitionsbildungen, daß die Strukturen mit denen des Ost-West-Konflikts nicht vergleichbar sind. Der "Nord-Süd-Konflikt" ist auch in den Auseinandersetzungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung in den siebziger Jahren - und dabei ging es *nota bene* nicht um Sicherheits- sondern um Verteilungsfragen - nicht über Ansätze zu einer Konfliktformation hinausgelangt, zu heterogen sind die Akteursgruppen, zu fließend die Konfliktlinien geblieben. Außerdem hat sich die "Dritte Welt" inzwischen so weit ausdifferenziert, daß

57 Vgl. dazu Gert Krell, Staaten- und Bürgerkriege in der Dritten Welt, in: Manfred Knapp/Gert Krell, Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch, 2. Aufl., München-Wien 1991, S. 229-257. Dort auch die einschlägige Literatur.

58 Vgl. dazu mehrere Beiträge in Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hrsg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt 1991, und Alvin Z. Rubinstein, After the Gulf War, Foreign Affairs 70,4 (Herbst 1991), S. 53-65.

der aggregierende Begriff schon fragwürdig geworden war, als man noch mit gutem Grund von der Ersten und der Zweiten Welt sprechen konnte.⁵⁹

Mit der Selbstauflösung der Zweiten Welt ist die Verwendung der Kategorie erst recht problematisch geworden. Die Tatsache, daß die zentralasiatische Republik Kirgisien bei der UNO offiziell den Status als Entwicklungsland beantragen will⁶⁰, ist nur ein äußerer, politisch-pragmatischer Hinweis darauf, daß auch in der Einteilung der Welt neues Denken gefordert ist. Es bietet sich an, von einem stark hierarchisierten Weltwirtschaftssystem auszugehen mit fließenden Übergängen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und mit verschiedenen Abstufungen innerhalb der Entwicklungskategorie. Gleichwohl vermag der Begriff "Dritte Welt", zumal er eingeführt ist, seine Bedeutung behalten als eine Sammelkategorie vor allem für diejenigen Entwicklungsländer, die nicht zu den echten Aufsteigern (insbesondere die "asiatischen Tiger" und die bevölkerungsarmen Ölexporteur) gehören, und das ist immer noch eine deutliche Mehrheit. Diese große Gruppe weist trotz der notwendigen weiteren Differenzierung nach wie vor vergleichbare typische Merkmale klassischer Unterentwicklung oder Fehlentwicklung auf.

Die Differenzierung aber, die jetzt auch die Staaten und Nachfolgestaaten des alten sozialistischen Weltwirtschaftssystems mit ihren spezifischen Mischprofilen integrieren muß, ist eine Erklärung dafür, warum von den Entwicklungsländern keine geschlossene Herausforderung der Industriestaaten ausgeht. Neben der Ausdifferenzierung hat sich die Position bzw. die "bargaining power" der Dritten Welt aber auch durch Entwicklungen in der Weltwirtschaftlich verschlechtert. Die Versuche der Gegenmachtbildung etwa im Rohstoffbereich waren nur sektoral und zeitlich befristet (beim Erdöl) erfolgreich. Die Schuldenlast ist zu einem zentralen Problem für die meisten Entwicklungsländer geworden, sie hat aber nicht den Gefährdungsgrad für die internationalen Finanzmärkte und das Bankensystem der Industriestaaten erreicht, der zeitweise befürchtet worden war. Insgesamt gesehen haben die Industriestaaten in den achtziger Jahren ihre Kontrolle über die Weltwirtschaft eher verstärken können.⁶¹

Da die Dritte Welt früher in den Ost-West-Konflikt eingebunden war, und zwar als Gegenstand dieser Konfliktformation wie auch mit ihren eigenen Konflikten, muß die Auflösung des Ost-West-Konflikts auch hier zu einer "Entgrenzung" aus etablierten Konfliktlinien führen - allerdings mit durchaus widersprüchlichen Ergebnissen.⁶² Zu den

59 Vgl. dazu Ulrich Menzel, Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie, Politische Vierteljahresschrift 24,1 (1983), S. 31-59, und ders., Das Ende der "Dritten Welt" und das Scheitern der großen Theorie, Politische Vierteljahresschrift 32,1 (1991), S. 4-33. Kritisch dazu Lothar Brock, Die Dritte Welt im Internationalen System. Bedrohungsvorstellungen und Konfliktpotentiale im Nord-Süd-Verhältnis, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, 3. Aufl., Hamburg 1991 (i.D.)

60 SZ vom 21./22. September 1991, S. 9.

61 Vgl. dazu John Ravenhill, The North-South balance of power, International Affairs 66,4 (Oktober 1990), S. 731-748.

62 Eine Zusammenfassung der Debatte findet sich bei Lothar Brock, Die Auflösung des Ost-West-Konflikts und die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen: Befürchtungen und Chancen, in: Hanne-Margret

positiven Folgen der Abkopplung vom Ost-West-Konflikt, der "Regionalisierung der Welt"⁶³, zählt ohne Zweifel die Beilegung einer Reihe von zum Teil langwierigen Regionalkonflikten, die vom Ost-West-Konflikt aufgeladen oder direkt bzw. indirekt genährt wurden wie die Bürgerkriege in Nicaragua oder Angola. Auch in Afghanistan, in Kambodscha oder im Nahen Osten hat die neue Entspannung bzw. Kooperation zwischen den ehemaligen Systemgegnern in Ost und West die Chancen für die Beilegung der Konflikte verbessert. Die Entspannung im Kambodscha-Konflikt strahlt sogar auf die ganze südost- und ostasiatische Region aus. Die Abkopplung bedeutet im Falle Angolas und Afghanistans sogar, und zwar mit ausdrücklicher Vereinbarung, die Beendigung des Exports von Rüstungswettläufen durch USA und UdSSR. Es wird in Zukunft nicht mehr zu Interventionen von Industriestaaten in Entwicklungsländern kommen, um die Konformität in einem bipolaren Weltkonflikt sicherzustellen.

Von der Demilitarisierung der Ost-West-Beziehungen sind außerdem Demonstrationseffekte für die globale Rüstungskontrolle zu erwarten, z. B. im Bereich der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Hier sind zwar noch gravierende Defizite zu verzeichnen, etwa das Fehlen eines umfassenden nuklearen Teststops. Dennoch geraten die potentiellen Proliferateure durch die Bush-Initiative und die entsprechenden Maßnahmen der alten Sowjetunion unter Anpassungsdruck. Und die Rüstungsexporte lassen sich nicht mehr mit dem Hinweis auf globale Expansionstendenzen des Systemgegners rechtfertigen, auch wenn die sinkende Nachfrage aus der Ost-West-Konfrontation den Exportdruck in die Dritte Welt vergrößern mag. Wenn die Industriestaaten die Chance für eine bessere Rüstungsexportkontrolle nicht nutzen, kann es jedenfalls nicht mehr auf das Konto des Ost-West-Konflikts geschoben werden.

Der Verlust an Kontrolle durch die "Entgrenzung" aus den alten Konfliktlinien hat freilich auch eine andere Seite. Der Ost-West-Konflikt war nicht nur Anlaß für Interventionen, sondern auch eine Schranke dagegen, und zwar gegenüber Interventionen seitens der Supermächte (Beispiel Kuba) wie gegenüber regionalen Konflikten selbst. Er hat solche Konflikte teilweise gefördert, teilweise aber auch eingehegt, wenn die Supermächte ihre zum Konflikt drängenden Klienten wegen der Brisanz der zu erwartenden Auseinandersetzung zügeln. Die These, nach der es unter Bedingungen des Ost-West-Konflikts gar nicht erst zu einer Invasion Kuwaits durch Saddam Hussein gekommen wäre, stützt sich im Analogieschluß auf diese empirisch beobachtbare Evidenz. Solche Einhegungen haben nicht nur vor, sondern auch nach Ausbruch von Feindseligkeiten stattgefunden. So haben die Supermächte in den klassischen Nahost-Kriegen eine vollständige militärische Unterwerfung einer Konfliktpartei verhindert. Die größere Unabhängigkeit der Regionalmächte könnte somit auch ihre Konfliktbereitschaft erhöhen.

Eine zuverlässige Gewichtung der kontrastierenden Effekte ist nicht möglich, weil der Beweis zum Teil kontrafaktisch geführt werden müßte. Vieles spricht dafür, die Regionalisierung insgesamt eher positiv zu bewerten, insbesondere wenn man die gefährlichen Rück-

Birckenbach/Uli Jäger/Christian Wellmann (Hrsg.) Jahrbuch Frieden 1991: Ereignisse, Entwicklungen, Analysen, München 1990, S. 87-97.

63 Vgl. dazu auch Ernst-Otto Czempel, Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991, S. 47 ff.

kopplungen an den zentralen Konflikt einerseits und die für alle Beteiligten kostspielige "Überfremdung" der Entwicklungsländer durch diesen Konflikt in Rechnung stellt. In jedem Falle bedeutet die Abkopplung mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten für die Entwicklungsländer, auch wenn die größere Unabhängigkeit partiell als schmerzlich empfunden werden mag, weil die Subventionen für die Gefolgschaft ausbleiben. Schließlich erlaubt die Auflösung des Ost-West-Konflikts, der eigentlichen und eigenständigen Sicherheitsproblematik der Entwicklungsländer die dringend erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch wenn das Gewicht der Entwicklungsländer vordergründig gesunken sein mag, der Bedarf an Kooperation hat eher zugenommen.

Die Entwicklungsländer bleiben sicherheitspolitisch relevant, nur eben nicht mehr im Kontext des Ost-West-Konflikts, als Aufmarschgebiete in der weltweiten Konkurrenz der Supermächte. Die neue sicherheitspolitische Problematik der Entwicklungsländer für das Weltsystem hat sich noch parallel zum Ost-West-Konflikt allmählich herausgebildet, und sie wird deshalb von dessen Ende weit weniger tangiert als die Sicherheitsproblematik in den alten Ost-West-Beziehungen. Da sie sich weitgehend autonom entwickelt hat, hätte sie ihre Wirkungen auch bei Fortdauer des Ost-West-Konflikts entfaltet.

6.2 Die Strukturkrise der Entwicklungsländer

Bei aller notwendigen Differenzierung zeichnen sich für einen Großteil der Entwicklungsländer Trends ab, die sie nach wie vor als Klasse deutlich von den Industrieländern unterscheiden, deren Auswirkungen sich aber schon längst nicht mehr auf die Entwicklungsländer selbst beschränken.⁶⁴ Die sogenannten Entwicklungsländer haben - bei erheblichen Unterschieden im einzelnen - am Ende der dritten Entwicklungsdekade in der Tendenz trotz einiger spektakulärer Wachstumsprozesse insgesamt eher ein Stadium erreicht, in dem die Möglichkeit weiterer Entwicklung überhaupt in Frage steht. Es zeichnen sich sogar Prozesse massiver Rückentwicklung ab. Aus der Entwicklungs- und Umweltproblematik der Dritten Welt erwachsen Gefährdungen, deren Destruktivität größer sein könnte als die kriegerischer Auseinandersetzungen, die aber ihrerseits selbst wieder in höchstem Maße kriegsträchtig sind. Die Tendenz zu großräumigen sozialen und ökologischen Katastrophen in diesen Ländern wird in zunehmendem Maße zu einer Rahmenbedingung internationaler Politik. Den wenigen erfolgreichen Beispielen nachholender Entwicklung und den zweifellos auch zu beobachtenden Einzelfortschritten in der Masse der Länder steht insgesamt das Bild einer "tiefgreifenden und geradezu chronischen sozialen Krise" gegenüber.⁶⁵

64 Vgl. dazu u.a. Manfred Wöhlcke, Risiken aus dem "Süden". Neue Themen in den Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Ebenhausen (SWP-S 365) 1991; Lothar Brock, Der Nord-Süd-Konflikt: Geschichte, Erscheinungsformen und weltpolitische Bedeutung der Fehlentwicklungen in der Dritten Welt, in: Knapp/Krell, Internationale Politik (wie Anmkg. 57), S. 203-228.

65 Wöhlcke, a.a.O., S. 35.

"In synoptischer Perspektive erscheint der gesellschaftliche Prozeß in den meisten Entwicklungsländern nicht nur chronisch krisenanfällig, sondern akut krisenhaft, wobei es zu einer Verschränkung von *ökonomischer Unterentwicklung* mit *sozialer und ökologischer Fehlentwicklung*, also von einer *unzureichenden Entwicklungsdynamik* mit einem *unangemessenen Entwicklungsstil* kommt.... Der gesellschaftliche Prozeß zielt in den meisten Entwicklungsländern in erster Linie nicht auf eine Verbesserung der kollektiven Lebensqualität; diese ist mehr ein zufälliges Nebenprodukt der wirtschaftlichen Entwicklung, die nach anderen Prioritäten abläuft und die weder in sozialer noch in ökologischer Hinsicht ausreichend diszipliniert erfolgt."

Die Ursachen sind hier nicht im einzelnen zu diskutieren. Es muß der Hinweis genügen, daß neben Problemen der Ungleichzeitigkeit ("doppelte Nachzüglerschaft", das Zusammendrängen historischer Zeiten und Entwicklungsniveaus) von einer Mischung aus externen und internen politisch und wirtschaftlich bedenklichen Strukturen ausgegangen werden kann. Ausdruck und selbst wieder Ursache der Entwicklungsdefizite sind u. a. die Bevölkerungsexplosion, die Verschuldung und der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, auch mit Rückkopplungseffekten untereinander.

Nach jüngsten Schätzungen wird sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2100 bei etwa zehn, vielleicht aber auch bei vierzehn Milliarden Menschen einpendeln, wobei sich ein immer größer werdender Anteil in den Entwicklungsländern und dort in völlig überforderten Mega-Cities konzentrieren wird. Von den auf sechs Milliarden geschätzten Erdbewohnern im Jahre 2000 werden etwa drei Milliarden in extremer Armut und eine weitere Milliarde in Armut leben. Etwa eine Milliarde wird gut versorgt und die letzte Milliarde wohlhabend sein. Gegenwärtig ist nicht erkennbar, wie die Mehrzahl dieser Menschen ausreichend ernährt, geschweige denn anderweitig versorgt werden soll (Wohnung, Arbeit, Gesundheitsdienste). Schon jetzt sind weltweit die Ernährungsgrundlagen (Anbauflächen, Süßwasservorräte) überlastet, schwere ökologische Schäden machen sich allenthalben bemerkbar.⁶⁶

Die Auswirkungen von Bevölkerungsexplosion und defizitärer Entwicklung sind nicht exakt prognostizierbar. Sicher ist, daß politisch stabile, gar dauerhaft demokratische Zustände eher die Ausnahme bleiben werden. Insgesamt ist mit einem weiteren Rückgang politischer und wirtschaftlicher Steuerungsmöglichkeiten überhaupt zu rechnen. Explosive Konfliktlagen mit gewaltsamen Entladungen in ethnischen oder auch zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen werden zunehmen, ebenso fundamentalistische Orientierungen und Massenbewegungen; die organisierte Nord-Süd-Kriminalität wird weiter wachsen. Von besonderer Brisanz für die internationale Sicherheit und die Sicherheit in Europa werden die Militarisierung der Entwicklungsländer und die Migrationsschübe sein.

⁶⁶ Daten bei Wöhlcke, a.a.O, S. 47 und Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Globale Trends. Daten zur Weltentwicklung, Bonn und Düsseldorf 1991, außerdem die Jahresberichte des Worldwatch Institute, zuletzt Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt 91/92. Daten für das Überleben unseres Planeten, Frankfurt 1991 (deutsche Ausgabe).

6.3 Die Militarisierung

Vor dem Hintergrund der Entkopplung von Ost-West-Konflikt und Regionalkonflikten in der Dritten Welt sind neue Formen der Ankopplung solcher Regionalkonflikte an den im wesentlichen als befriedet diagnostizierten OECD-Bereich zu diskutieren. Eine solche Ankopplung wird es von seiten der Industriestaaten nur noch in Ausnahmefällen geben, wie oben erörtert. Der Irak war ein solcher Ausnahmefall, wegen der strategischen Bedeutung der Region. Dabei ist besonders zu beachten, daß der Irak sein auffälliges Militärpotential nicht nur dem Ost-West-Konflikt, sondern auch der "Subventionierung" durch Regionalmächte und Industriestaaten bzw. Firmen in Industriestaaten sowie ungewöhnlich aufwendigen und diversifizierten eigenen Anstrengungen verdankt.⁶⁷ Der Irak hat damit im Grunde aber trotz der Besonderheiten nur Trends repräsentiert, die in unterschiedlichen und vorerst weniger brisanten Kombinationen durchaus nicht singulär sind: die Verbreitung konventioneller Großwaffensysteme mit einem wachsenden Anteil an Süd-Süd-Lieferungen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von Trägersystemen, insbesondere Raketen mit Mittel- bis Langstreckenreichweiten.⁶⁸

Von einer unmittelbaren Gefährdung des Nordens zu sprechen, wäre jedoch angesichts des militärischen Ausgangs im Golf-Konflikt nicht nur empirisch unzutreffend. Trotz der jüngsten Abrüstungsmaßnahmen ist die Weltmilitärordnung nach wie vor west-östlich bzw. zunehmend westlich dominiert. Die These ist auch deshalb fragwürdig, weil sie erneut zu falschen, am alten engen Sicherheitsbegriff orientierten Definitionen mit den entsprechenden Reaktionen führt. Aber die genannten Entwicklungen markieren einen Problemhorizont, in dem sich die Industriestaaten nicht nur im Interesse der zunächst und überwiegend betroffenen Entwicklungsländer selbst, sondern auch im wohlverstandenen längerfristigen Eigeninteresse neu orientieren müssen. Technologische Antworten, etwa SDI oder konventionelle Präzisionswaffen, lösen die Probleme nicht. Es geht darum, den Kreislauf von Fehlentwicklung und Militarisierung zu durchbrechen. Die Entwicklungsdefizite des "Südens" schlagen nicht nur auf die Häufigkeit militarisierter Konflikte durch, die Militarisierung ist ihrerseits wieder ein Hindernis für Entwicklung. Da diese Entwicklungsdefizite auch außerhalb militärisch organisierter Großkonflikte zu weltweiten Gefährdungen werden, müssen die Industriestaaten ein doppeltes Interesse an einer Globalisierung der Rüstungskontrolle und Abrüstung haben. Das setzt freilich ein primär nicht-militärisches Verständnis von regionaler Stabilität und entschiedenere Bemühungen nicht nur um Exportkontrollen, sondern um kollektive Beschränkungen und Reduzierungen von Rüstungsexporten voraus.

67 Vgl. R. Jeffrey Smith/Glenn Frankel, In 45,000 Pages, How Iraq Fooled World on Nuclear Aims, IHT vom 14. Oktober 1991, S. 1 und 5.

68 Vgl. dazu SIPRI-Yearbook 1991. World Armaments and Disarmament, Oxford, New York, Toronto 1991.

7. Flucht und Migration

Zwischen der Flüchtlings- und Migrationsproblematik auf der einen und der Krieg/Frieden-Problematik auf der anderen Seite gibt es traditionell viele Wechselwirkungen, ganz gleich welchen Friedensbegriff man zugrunde legt. Flucht- und Wanderungsbewegungen sind historisch und auch aktuell zu einem erheblichen Teil Folge von Staaten- oder Bürgerkriegen.⁶⁹ Selbst wenn sie aus anderen, in der Regel wirtschaftlichen, Gründen erfolgen, führen sie ihrerseits häufig zu gewäلتförmig ausgetragenen Konflikten bis hin zu Kriegen. Die Behandlung der Thematik Migration, d. h. vordergründig der Zuwanderung von Ausländern in die Industriestaaten, bedarf angesichts der nunmehr alltäglichen Gewalt in der Bundesrepublik und angesichts spektakulärer Massenauswanderungsbewegungen und Abweisungsaktionen wie von Albanien nach Italien und zurück keiner besonderen Begründung mehr. Die Gefahr von militärischen Auseinandersetzungen gehört zwar (noch) in den Bereich der Katastrophenunterhaltungsindustrie, aber über das Destabilisierungspotential dieser Entwicklung bis hin zum dauerhaft latenten und periodisch manifesten quasi-Bürgerkrieg auf niedrigem Niveau mit Auswirkungen auf die Außenpolitik in den Mutter- und Vaterländern gibt es keinen Zweifel mehr. Eine wechselseitige Verhärtung - mit den entsprechenden Feindbildern - in den Beziehungen zwischen Westeuropa und Nordafrika, insbesondere bei nationalistischen bzw. islamistischen Orientierungen, ist bereits zu beobachten.

Diese Art Nationalitätenkonflikte aufgrund von Migration repräsentieren einen anderen Typ von Auseinandersetzungen als die zwischen Ethnien um die Aufteilung und Zugehörigkeit von Siedlungsgebieten oder staatliche Grenzziehungen, ihr Verstaatlichungsgrad ist insgesamt geringer. Aber sie sind nicht weniger relevant, zumal sie sich auch in den Gesellschaften abspielen, die ansonsten eher als stabil gelten und von denen Stabilitätsexport erwartet wird. Das Thema ist in Deutschland wegen der bekannten historischen Dimensionen besonders sensibel, und der Verweis auf die offen ausländerfeindlichen und gewalttätigen Randgruppen allein greift zu kurz. Die Problematik eignet sich vorzüglich für Delegationen. Keineswegs nur von seiten schweigender Mehr- oder Minderheiten, die ihre geheimen bzw. offenen Vertreibungswünsche von Gruppen wahrgenommen sehen, die selbst in der Regel nicht zu den Privilegierten der westlichen Wohlstandsgesellschaften zählen.⁷⁰ Auch die vermeintlich aufgeklärte Öffentlichkeit, die Wissenschaft eingeschlossen, sollte genau prüfen, welche verborgenen Sorgen sie gegebenenfalls an das konservative Publikum abtritt.

69 Die Zusammenhänge zwischen Krieg und Fluchtbewegungen - auch im Kontext des Ost-West-Konflikts - sind detailliert beschrieben bei Peter J. Opitz, Das Weltflüchtlingsproblem im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), Weltprobleme, 3. Aufl., Bonn 1990, S. 361-408; dort auch Literatur.

70 In Deutschland wie in Frankreich zeigt ein Drittel der Bevölkerung Verständnis für rechtsradikale Tendenzen, die das Ausländerproblem hat aufkommen lassen. Angaben nach Die ZEIT Nr. 42 vom 11. Oktober 1991, S. 1 und SZ vom 25. Oktober 1991, S. 8.

Umso wichtiger ist der Versuch der Objektivierung bzw. die Reflexion über die subjektiven Anteile.⁷¹ Dazu zunächst vier grundlegende Bemerkungen. (1) In historischer Perspektive sind nicht nur die ausgesprochenen Einwanderungsländer wie USA oder Australien, sondern auch fast alle anderen Kulturen - allemal in Europa - Mischkulturen, wegen der großen und kleinen Völkerwanderungen, der zahlreichen Unterwerfungen und langfristigen Assimilierungen. Das gilt auch für die vordergründig ethnisch homogenen Völker. (2) Was die aktuelle Süd-Nord-Migration betrifft, so muß auch daran erinnert werden, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Weltwirtschaftskrise etwa 60 Millionen Europäer in die westliche Hemisphäre ausgewandert sind. Zwischen 1960 und 1990 kamen ca. 20 Millionen Südeuropäer nach Westeuropa. (3) Westeuropa ist im Grunde heute schon Einwanderungsregion: im Vereinigten Königreich sind 8 % der Einwohner im Ausland geboren, in Frankreich 11 %, in der Schweiz 15 %, in der (alten) Bundesrepublik 7,5%.⁷² (4) Konflikte durch Immigration sind kein deutsches, auch kein westeuropäisches, sondern ein Weltproblem. Auch in Osteuropa, auch in der Dritten Welt kommt es zu massenhaften Abschiebungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die jüngste Problematik, die meist verkürzend unter dem Stichwort Asylanten oder Asylsuchende zusammengefaßt wird, unterscheidet sich freilich von ihren historischen Vorläufern. Das gilt einmal für die Größenordnungen. Gegenwärtig wird mit einer Zahl von 500 Millionen, für das Jahr 2000 sogar mit 1 Milliarde Migranten insgesamt (Flüchtlinge im engeren Sinne, Wirtschaftsflüchtlinge, Landflucht, Umweltflüchtlinge) gerechnet.⁷³ Dabei ist festzuhalten, daß die bei weitem größten Wanderungsbewegungen in den Entwicklungsländern selbst stattfinden. Gleichwohl hat auch die Migration aus den Entwicklungsländern in die westlichen Industriestaaten (einschließlich Japan) schon rein quantitativ völlig neue Dimensionen angenommen. So lag z. B. die Zahl der Asylanträge im OECD-Bereich in der Mitte der siebziger Jahre noch bei 20.000 pro Jahr, 1990 waren es 600.000, wobei nur ein Bruchteil der Antragsteller Anspruch auf Asyl im engeren Sinne hat.

Die Zahl der illegalen Einwanderer aus Afrika hat in Italien bereits 1,5 bis 2 Millionen, in Spanien mindestens eine Million erreicht. Hinzu kommt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine steigende Ost-West-Wanderung. An den Nord-Süd-Grenzen, z. B. am Mittelmeer oder am Rio Grande zwischen Mexiko und USA, sowie an den Ost-West-Grenzen (von Finnland über Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn bis Österreich) werden unter Zuhilfenahme der Streitkräfte die Kontrollen verschärft, um den Flüchtlingszustrom schon an den Grenzen abzuwehren.⁷⁴

Die Entwicklungsländer selbst drohen zu einem großen Weltflüchtlingslager zu werden, und der Norden ist nur von Ausläufern der neuen Völkerwanderung betroffen. Die Emigration

71 Daten zum Folgenden nach Globale Trends (wie Anmkg. 66), Kapitel 4 und Jonas Wildgren, International migration and regional stability, International Affairs 66,4 (1990), S. 749-766.

72 In den USA, die sich ausdrücklich als Einwanderungsland begreifen, sind es 6 bis 7%. Faßt man die Definitionskriterien großzügiger, dann sind 40% aller Amerikaner, aber auch bis zu 20% aller Franzosen ausländischer Abstammung. Vgl. Dogan, Loyalties (Anmkg. 34), S. 4-5.

73 Dabei handelt es sich natürlich nur um grobe, in diesem Falle sehr hohe, Schätzungen.

74 Globale Trends, S. 107.

bringt dem Süden nur wenig Entlastung vom Bevölkerungsdruck; die Auswanderungsquote bleibt marginal, nur etwa 2-3 % des Bevölkerungswachstums werden abgegeben (im Vergleich dazu: zwischen 1881 und 1910 emigrierten 20 % der Zuwachsbevölkerung aus Europa). Paradoxerweise aber droht das, was unter Entwicklungsperspektiven unergiebig ist, in den Industrieländern zu einer Belastung zu werden. Die europäischen Emigranten fanden große Räume vor bzw. konnten sie sich aneignen und besiedeln und dabei die Ureinwohner verdrängen oder deren Kulturen zerstören. In dieser "privilegierten" Situation - die Kosten, Lasten und Leiden vieler Auswanderer sollen nicht unterschlagen werden - befinden sich die heutigen Emigranten aus den Entwicklungsländern nicht. Ihrem Anspruch auf Lebensraum und Lebensqualität tritt unter ganz anderen sozio-ökonomischen Bedingungen ein überlegener Widerstand entgegen. Wobei eine zweite Paradoxie darin besteht, daß die Industrieländer wegen ihrer extrem niedrigen Geburtenquoten längerfristig durchaus auf weitere Zuwanderung für ihre Wirtschaft angewiesen sein werden.

Der Zuwanderungsdruck von Menschen, deren Lebensperspektive direkt oder indirekt (die übliche gesetzliche Unterscheidung zwischen echten und unechten Asylanten ist dabei durchaus ethisch bedenklich, unabhängig von der Problematik einer zuverlässigen juristischen Kategorisierung) bedroht ist, wird anhalten, wobei die Ost-West-Wanderung noch eher Chancen hat, überschaubar zu bleiben. Ein Blick auf das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Lage in Nordafrika, die sich durch die EG-Binnenmarktregelungen u. U. weiter verschlechtern wird, zeigt, daß sich hier auch mit "progressiven" Maßnahmen wie der Hilfe vor Ort zur Verbesserung der Lebenssituation in den Entwicklungsländern kurz- und mittelfristig nicht viel verändern läßt.

Die Aufnahme- und die Integrationsfähigkeit der Industriestaaten stoßen jedoch auf organisatorische, infrastrukturelle und vor allem sozialpsychologische Grenzen. Dabei sind verschiedene Ursachen für die gewalttätigen Auseinandersetzungen anzunehmen und zu unterscheiden. Zunächst handelt es sich um Ausdrucksformen von Realkonkurrenz um knappe Güter wie Wohnraum und Arbeitsplätze. Hinzu kommen kompensatorische Reaktionen von benachteiligten Gruppen, auch wenn deren Wohlfahrtschancen nicht durch Zuwanderer gefährdet sind. Zur Projektionsfolie für Frustrationen und Aggressionen werden Ausländer für die rechtsextreme Jugendbewegung und für organisierte Neonazis ebenso wie für Bürger, die vom sozialen Abstieg bedroht sind. Schließlich bietet das Thema Spielmaterial für etablierte Parteien, die Legitimations- und drohenden Machtverlust durch Emotionalisierung glauben konterkarieren zu können.

Unabhängig von allen machtpolitischen Kalkülen: das Aggressions- und Gewaltpotential gegenüber ausländischen Zuwanderern läßt sich nicht auf individuelle Torheiten oder kriminelle Energien reduzieren; es spiegelt ernste soziale, politische und kulturelle Probleme auch in den vermeintlich (und im Vergleich tatsächlich) so reichen Industriestaaten. Neben der Pflicht zum Schutz und zur Hilfe für gefährdete Menschen und zur Wahrung des Rechtsstaats gilt es darum auch, die Grenzen der Toleranz in Rechnung zu stellen. Sie lassen sich positiv verändern, aber sie sind ein Faktum, wie immer sozio-ökonomisch oder sozialpsychologisch begründet. Letztendlich ist nicht nur die

machtpolitische Ausbeutung des sozialen Sprengstoffs in der Ausländerfrage unverantwortlich - sie ist wahrscheinlich auch kontraproduktiv, weil sie im Endeffekt die Radikalen und nicht die Konservativen begünstigt -, sondern auch eine Zuwanderungspolitik, die neue Konfrontationen vorprogrammiert.⁷⁵

75 Vgl. etwa William Pfaff, Immigration: A Clashing of Theory and Hard Fact, IHT vom 12./13. Oktober 1991, S. 10.

8. Die ökologische Fundamentalkrise

Die Umweltproblematik wird hier als letzte der Rahmenbedingungen genannt, in denen sich der internationale Systemwandel der Auflösung des Ost-West-Konflikts vollzieht. Sie wird deshalb als letzte behandelt, weil sie die umfassendste darstellt. Umfassend - deshalb auch der Ausdruck "Fundamentalkrise" - nicht nur in dem Sinne, daß sie für die drei ehemaligen Welten und ihre alten und neuen Beziehungen gleichermaßen relevant ist, sondern auch im Sinne ihrer historischen oder besser weltentwicklungsgeschichtlichen Dimension. Die Gefährdungen, die von der Umweltzerstörung ausgehen, sind andere als die klassischen Kriegsgefahren oder auch die Risiken nuklearer Abschreckung. Aber als Überlebensfrage hat die Umweltproblematik ein Gewicht, das durchaus auf eine Stufe mit der Möglichkeit des globalen nuklearen Infernos gestellt werden kann, wobei das Nuklearkriegsrisiko abstrakt bleibt und weiter an Bedrohlichkeit verloren hat, während die Umweltzerstörung gleichsam um sich greift und ihre praktischen Konsequenzen immer konkreter erfahrbar werden. Darüber hinaus werden Umweltzerstörung und Ressourcenverknappung zunehmend zu Ursachen und Anlässen für zwischengesellschaftliche oder zwischenstaatliche Konflikte, auch wenn der Organisationsgrad dieser Konflikte meist nicht mit den klassischen Machtkonflikten vergleichbar sein und nur in wenigen Fällen direkt zu Kriegen führen wird.

Die Problematik ist im wesentlichen bekannt, auch wenn sie bewußt oder unbewußt massenhaft verdrängt wird. Nur Grundlegendes ist hier in Erinnerung zu bringen.⁷⁶ Die stillschweigende Voraussetzung für die ökonomische Dynamik des von Europa aus sich entwickelnden neuzeitlichen Weltsystems war die Selbstverständlichkeit der natürlichen Produktionsbedingungen, d. h. der Nutzung und Ausnutzung der naturgegebenen Ressourcen. Im Verlauf dieses Prozesses, der mit der industriellen Revolution und ihren Vorläufern begann und sich nach dem Zweiten Weltkrieg dann noch einmal global intensiviert und beschleunigt hat⁷⁷, ist zuletzt immer deutlicher geworden, daß nicht nur das Ende bestimmter nicht-erneuerbarer Rohstoffe absehbar wird, sondern - und das ist viel gravierender - auch die Nutzung der erneuerbaren bzw. sich vermeintlich immer wieder erneuernden Ressourcen gefährdet ist.

Umweltzerstörung und Umweltgefahren hat es in der Geschichte früher schon gegeben. Die heutigen Umweltzerstörungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie weltweit stattfinden, sie haben sich auf die ganze Erde ausgedehnt. Dabei sind verschiedene Formen der Zerstörung zu unterscheiden: die industrielle (und agro-industrielle) Vergiftung von Luft, Wasser und Boden; Unfälle mit schweren ökologischen Folgen, insbesondere Reaktorunfälle, Tankerunfälle, Chemieunfälle; die Zerstörung ökologischer Kreisläufe und regenerierbarer Ressourcen, oft mit positivem Rückkopplungseffekt (z. B. das Austrocknen großer Seen wie Aral-See, Tschad-See; Entwaldung und Waldsterben und damit Störung des Wasser-

76 Daten und Einschätzungen bei den in Anmkg. 66 genannten Hand- bzw. Jahrbüchern. Einen vorzüglichen Überblick gibt auch Ernst Ulrich von Weizsäcker, *Erdpolitik: Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*, 2. Aufl., Darmstadt 1991.

77 Allein der Wert der in den achtziger Jahren weltweit erzeugten Güter und Dienstleistungen übersteigt das gesamte Bruttosozialprodukt der Welt von ihren Anfängen bis zum Jahre 1950. *Worldwatch Report* 91/92, S. 15.

haushalts, der Flußläufe, des Klimas; Bodenerosion, Versteppung, Ausbreitung der Wüstenzonen). Diese Formen der Umweltzerstörung sind schleichende oder plötzlich auftretende Katastrophen mit verheerenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in Großregionen. In den Entwicklungsländern prägen sie inzwischen den Lebensrhythmus oder genauer den Überlebenskampf von Millionen Menschen. In den reicheren Industriestaaten sind vorerst hauptsächlich die indirekten Auswirkungen zu spüren wie die Zunahme bestimmter Krankheiten oder die dramatisch wachsenden Entsorgungsprobleme, aber gravierende Eingriffe nicht nur in den Lebensstandard, sondern auf Dauer sogar in die Grundversorgung sind auch hier absehbar. Süßwasser und Brennholz z. B. sind jetzt schon in vielen Entwicklungsländern äußerst knapp. Wasser ist im Nahen Osten eine schon fast chronische und oft unterschätzte Konfliktursache.⁷⁸ Die Wasserknappheit wird nicht nur in ganz Afrika im Laufe der nächsten zehn Jahre dramatische Formen annehmen.⁷⁹ Selbst in Regionen der Industriestaaten wird Wasser ein immer kostbareres Gut.

Mindestens ebenso problematisch ist, daß die menschlichen Einwirkungen auf die Natur offenbar auch zu einer Bedrohung für die Atmosphäre geworden sind und von daher das Leben auf der Erde grundsätzlich gefährden. Die direkten und indirekten Auswirkungen von Ozonloch und Treibhauseffekt auf Pflanzen, Tiere und Menschen sind zum Teil jetzt schon nachweisbar bzw. erfahrbar; für zukünftige Perspektiven gelten die üblichen methodischen Einschränkungen natur- und sozialwissenschaftlicher Prognosen. Besonders beunruhigend ist dabei, daß die durch die Spurengase verursachten chemischen Reaktionen noch über Jahrzehnte hinaus andauern werden, selbst wenn die Menschheit sofort alle Emissionen auf Null reduzieren würde.

Manche Vorausschätzungen über die Auswirkungen des Treibhauseffekts übersteigen jetzt schon die Phantasie. Die in den letzten Jahren zu beobachtenden Klimaveränderungen sind zwar wohl noch kein schlüssiger Beweis für die vorprogrammierte Katastrophe, unbestritten ist dagegen, daß ein weiterer Anstieg der kritischen Spurengase zu Veränderungen im Globalklima führen wird. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Schutz der Erdatmosphäre" kommt zu dem betrüblichen Ergebnis, daß die Beeinträchtigungen der Erdatmosphäre und des Klimas durch Vorsorgemaßnahmen nur noch teilweise verhindert werden können. Da es sich um weitgehend irreversible Vorgänge handele, müsse mit verheerenden Entwicklungen gerechnet werden.⁸⁰

So erwünscht und dringend Neuorientierungen in der Umweltpolitik sind, bei vielen Erfolgen im einzelnen bleiben die allgemeinen Trends eher deprimierend.⁸¹ Hinzu kommt die politikwissenschaftliche Einsicht, daß angesichts etablierter Interessenkoalitionen,

78 Vgl. etwa Joyce R. Starr, *Water Wars*, Foreign Policy Nr. 82 (Frühjahr 1991), S. 17-36.

79 Vgl. dazu Malin Falkenmark, *Global Water Issues Confronting Humanity*, Journal of Peace Research 27,2 (1990), S. 177-190.

80 Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, *Schutz der Erdatmosphäre: Eine internationale Herausforderung*, Bonn 1988, S. 44. Vgl. auch den Gesamtbericht, *Schutz der Erde*, 2 Bde., Bonn und Karlsruhe 1991.

81 So heißt es im *Worldwatch Report 91/92*, S. 12: "Jeder wichtige Indikator zeigt einen Verfall der natürlichen Systeme an."

gewachsener wirtschaftlicher Strukturen und angesichts üblicher politischer Prozesse, die aufgeklärteren eingeschlossen, im globalen Ergebnis auch im günstigsten Falle nur mit allmählichen Korrekturen überhaupt gerechnet werden kann. Eine substantielle Reduzierung des CO₂-Ausstoßes trifft selbst in der Bundesrepublik - einem Land mit vergleichsweise hohen wirtschaftlichen und politischen Steuerungsmöglichkeiten - auf die verschiedensten lobbyistischen, mentalen und infrastrukturellen Hindernisse. Und im Erfolgsfall wird sie binnen kürzester Frist durch das Anwachsen der weltweiten CO₂-Abgaben kompensiert werden.

Die Umweltzerstörung ist integraler Bestandteil des modernen Entwicklungsmodells, und sie ist tief in die Produktions- und Verteilungsstrukturen in den Entwicklungs- wie in den Industrieländern und in ihre Beziehungen eingebaut. Das Scheitern des Sozialismus hat den Zusammenhang zwischen Entwicklung, Industrialisierung und Umweltzerstörung auf dramatische Weise unterstrichen. In diesem Fall mag den Westen zwar keine direkte Mitverantwortung treffen, aber global ist er voll "engagiert". Die Stichworte sind hier: hoch asymmetrischer Rohstoffverbrauch und hoch asymmetrische Umweltbelastung des Globus; Export von Umweltbelastung in die Dritte Welt (z. B. chemisierte Landwirtschaft, Giftmüll); massenhafte Nachfrage nach umweltschädlichen Produkten z. B. Tropenholz); weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die umweltschonende Produktion in der Dritten Welt nicht begünstigen, sondern erschweren. Die Konsequenzen werden die Industriestaaten in beiden Fällen mittragen müssen, selbst wenn sie zu großzügigeren "debt for nature swaps" bereit sein sollten. So werden Anpassungsstrategien an radikale Umweltveränderungen, die in die gewachsenen Lebensbedingungen von Millionen von Menschen eingreifen, auch in den Industrieländern zunehmend politische Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Ressourcen beanspruchen.

9. Bilanz und Perspektiven

9.1 Widersprüchliche Bilanz

Die Analyse des Weltsystems nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ergibt eine sehr widersprüchliche Bilanz. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, die sehr schnell sichtbar geworden sind, müssen auch die positiven Aspekte immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

Das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet die Auflösung eines Hegemonialkonflikts mit einem historisch beispiellosen Einzugsbereich und Militarisierungsgrad, eines Konflikts, der äußerst kostspielig war und sich trotz einiger primärer und sekundärer Ordnungsleistungen insgesamt destruktiv und deformierend ausgewirkt hat. Die friedliche Auflösung dieses Konflikts ist dabei als zusätzlicher Gewinn zu verbuchen, auch wenn man sich eine gewaltförmige Beendigung unterhalb der Schwelle des nuklearen Großkrieges kaum vorstellen kann. (Die Variante eines solchen nuklearen Großkrieges wird in der Bilanz nicht in Rechnung gestellt, da sie jede Art von Bilanz überhaupt überflüssig gemacht hätte.) Parallel zur Absenkung des Nuklearkriegsrisikos zeichnet sich generell eine radikale Entmilitarisierung in den Ost-West-Beziehungen ab.

Hinzu kommt der gewaltfreie Rückzug der Supermacht UdSSR aus ihrem strategischen Vorfeld, das sie mehr als vierzig Jahre lang in quasi-kolonialer Abhängigkeit gehalten hat. Auch das ist ein historisch außergewöhnlicher Vorgang. Als ebenso außergewöhnlich kann gelten, daß sich der Demokratisierungsschub und die Ablösung der autoritären Regime bzw. Diktaturen in Ostmittel- und Südosteuropa fast ohne Ausnahme gewaltfrei vollzogen hat. Das gilt, bei allen Einschränkungen, auch für den Reformprozeß in der Sowjetunion, der - jedenfalls bis jetzt - nicht die historisch verbreiteten Gewaltzyklen in Anspruch nimmt, obwohl er in der politischen Substanz revolutionär genannt werden muß. Er bietet zugleich die Gelegenheit für eine Neukonstitution des inneren Imperiums auf der Basis von Selbst- und Mitbestimmung. Mit dieser "doppelten Befreiung" - Demokratisierung und Auflösung imperialistischer Strukturen - ergibt sich eine säkulare Chance für die Rückkehr des Ostens nach Europa und die "Verwestlichung" der Sowjetunion.⁸²

Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte sind darüber hinaus zwei weitere positive Ausgangsdaten zu nennen. Das ist einmal der west- und der gesamteuropäische Integrationsprozeß, der günstige institutionelle Voraussetzungen für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung mit sich bringt. Das sind zum zweiten - neben der Tatsache der Einigung selbst, deren Gewicht weit geringer zu veranschlagen ist als das der "Befreiung" - die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen des neuen einheitlichen deutschen Nationalstaats, der sich nicht wieder zu einem Sicherheitsrisiko für die europäische Friedensordnung entwickeln wird. Was die globale Ebene angeht, so ist

82 Die Entkolonialisierung Osteuropas ist aus Sicht der Reformer und Demokraten auch für die Sowjetunion eine Befreiung.

festzuhalten, daß sich keine neue großräumige sicherheitspolitische Konfliktformation abzeichnet.

Mit dem Ende des vermutlich letzten großen Hegemonialkonflikts und mit der Perspektive einer grundlegenden Demilitarisierung der Beziehungen zwischen den Industriestaaten haben sich die Chancen für Kooperation im Weltmaßstab und für globale Ordnungsleistungen dramatisch verbessert. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß sich längerfristig auch wieder sicherheitspolitische Rivalitäten zwischen Großmächten ergeben (eher in Asien als in Europa). Auf absehbare Zeit aber werden Regionalkonflikte nicht mehr in hegemoniale Auseinandersetzungen aufsteigen und damit Weltkriege auslösen können. In einem noch umfassenderen Sinne ist dann noch zu erwähnen, daß das Potential für wissenschaftlichen und technischen Fortschritt - z. B. im Bereich der informationellen Revolution - ungebrochen ist und durch das Ende des Ost-West-Konflikts die Aussichten für seine konstruktive Nutzung gestiegen sind.

Diesen positiven Entwicklungen steht einmal der Aufbau neuen Konfliktpotentials gegenüber, das sich unmittelbar aus dem Ende der großräumigen bipolaren Ost-West-Konfliktformation ergibt. Das betrifft insbesondere die Frage der Staatenbildung und des Neo- bzw. Ethnonationalismus im ehemaligen "Ostblock" bzw. in der Sowjetunion selbst. Hinzu kommt eine neue Entwicklungsproblematik, als doppelte Herausforderung der Transformation von Plan- in Marktwirtschaften einerseits und deren Reintegration in die Weltwirtschaft andererseits. Der Sozialismus als Entwicklungsmodell ist gescheitert, die ordnungspolitische Spaltung der Welt aufgehoben. Damit aber verschärft sich die weltgeschichtliche Aufgabe nachholender Entwicklung, und zwar zunächst mit massiven Einbrüchen in defizitären, aber durchaus begrenzt tragfähigen ökonomischen Strukturen.

Die Kosten für die Bearbeitung der Erblasten des alten Systems müssen von den neuen Demokratien aufgebracht und legitimiert werden, zusätzlich zu den unvermeidlichen Friktionen im Reintegrationsprozeß. Das heißt, die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind nicht gerade günstig für einen Demokratisierungs- oder Redemokratisierungsprozeß, der in einigen ehemals (oder partiell noch-) sozialistischen Ländern bzw. Republiken ohnehin auf schwachen institutionellen und politischen Voraussetzungen ruht - bis hin zum völligen Verfall politischer Autorität. Ein totaler Kollaps der alten Sowjetunion ist vorstellbar, er kann im Chaos enden oder zu einem neuen Totalitarismus führen.

Zur negativen Seite der Bilanz gehören dann neben diesem neuen Konfliktpotential zwei ältere Problembereiche, die sich parallel zum Ost-West-Konflikt herausgebildet und kontinuierlich aufgebaut haben: die strukturelle Krise vieler Entwicklungsländer und die ökologische Fundamentalkrise. Auch hier gibt es Wechselwirkungen mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts, allerdings von weit geringerer Intensität. Diese beiden Problembereiche hätten auch bei Fortdauer des Ost-West-Konflikts ihr kritisches Potential weiter entfaltet; sie hätten sich vielleicht sogar auf noch destruktivere Weise mit dieser klassischen Konfliktformation verknüpft als in der Vergangenheit. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die Ausgangsbedingungen für eine Bearbeitung dieser beiden Problembereiche verbessert. Zwar gibt es mit der Krise in Osteuropa und in der Sowjetunion "Problemkonkurrenz", aber die Problembearbeitungskapazität ist insgesamt deutlich gestiegen. Ob sie ausreichen wird, ist eine ganz andere Frage.

Im kritischen Dreieck von Bevölkerungsexplosion, Verschuldung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen sind Sozialkatastrophen in der Dritten Welt vorprogrammiert. Sie bilden in Verbindung und in Wechselwirkung mit anderen Konfliktursachen und Konfliktgegenständen ein schwer zu kontrollierendes Krisen- und Gewaltpotential. Die Industriestaaten sind nicht nur moralisch davon betroffen, sei es aufgrund schuldhafter oder auch schuldloser Verantwortung. Die gewachsenen Nord-Süd-Verflechtungen koppeln den "Norden" auch interessensmäßig an den Süden an, obwohl aus verschiedenen Gründen nicht von "dem" Nord-Süd-Konflikt geredet werden kann. Als besonders sensibel müssen die Abhängigkeit im Rohstoffbereich (vor allem Öl), die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen, die Migration und die Umweltzerstörung gelten.

Die ökologische Problematik ist die umfassendste überhaupt, weil sie über allen alten und neuen Konfliktformationen steht, sie gleichsam in sich aufhebt. Umweltzerstörung und Ressourcenverknappung werden nicht nur in zunehmendem Maße zu einer möglichen Ursache für gewaltsam ausgetragene Konflikte. Sie werden auch für sich genommen zu einer Herausforderung für Wohlfahrt und Überleben, damit aber auch zu einer Chance für Kooperation; beides in einem Ausmaß, das grundlegende Fragen nach der Definition von Frieden und Sicherheit aufwirft.

9.2 Die aktuelle Friedens- und Sicherheitsproblematik

Die gegenwärtige Weltlage und die Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik lassen sich am besten in drei Paradoxien fassen:

1. Mit der Auflösung des Ost-West-Konflikts entfällt die dominierende großräumige Konfliktformation, entfällt die Perspektive eines Kräfte bindenden und insgesamt destruktiven Hegemonialkonflikts mit dem Risiko eines globalen nuklearen Infernos. Den Platz des geringen Risikos eines solchen katastrophalen Großkrieges und der Empirie einer Reihe von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt nehmen jedoch Potentialität und Realität von Bürger- und zwischenstaatlichen Kriegen in der Konkursmasse des sozialistischen Welt-systems und der Sowjetunion ein. Die OECD-Gravitationszone bleibt auch nach dem Ost-West-Konflikt eine Sicherheitsgemeinschaft, in der zwischenstaatliche Konflikte nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden und interne Konflikte, soweit sie quasi-militärische Dimensionen überhaupt erreichen (z.B. Nordirland, Baskenland, Korsika), sich nur lokal auswirken. Aus der sozialistischen Konkursmasse aber entsteht eine neue Kategorie: die Ost-Ost-Konflikte.⁸³

⁸³ Im alten Ost-West-Kontext konnten der sowjetisch-chinesische, der vietnamesisch-chinesische und der sowjetisch-jugoslawische Konflikt als Ost-Ost-Sicherheitskonflikte bezeichnet werden. Freilich hatte in diesem Kontext der Begriff "Osten" vorrangig politisch-ideologische Bedeutung. Systematisch tragen die neuen Ost-Ost-Konflikte durchaus Züge von Süd-Süd-Konflikten. Die Kategorie Ost-Ost-Konflikte verbindet regionale, historische und systematische Inhalte. Sie ist, wie alle anderen Kategorien, die als Himmelsrichtungen politologische Inhalte markieren sollen, eine Verlegenheitslösung. (Geographisch extrem südliche Lagen zählen politisch zum Norden usw.)

Diese Ost-Ost-Konflikte sind unabhängig von einer übergeordneten Konfliktformation, aber an ihren Rändern kann es zu Überschneidungen mit anderen Regionen und deren Konflikten kommen, zumal mit der Auflösung der Sowjetunion diese politisch-geographischen Ränder - und zwar in Zentralasien, im Kaukasus und in Europa - in Fluß geraten. Davon gehen direkte (grenzüberschreitende Gewalt bzw. Konfliktallianzen) und indirekte (Chaosmacht, Verfall wirtschaftlicher und politischer Strukturen, Flüchtlingsbewegungen) Gefährdungen aus, die über die Ost-Ost-Konflikte selbst hinausweisen.

Im alten Ost-West-Bereich kommt es also nicht zu einer Aufhebung, sondern zu einer Verlagerung der Sicherheitsproblematik. Damit ist die Häufung oder Aufwertung konfliktträchtiger sozio-ökonomischer und politischer Entwicklungen gemeint. Sie bilden ein erhebliches Risikopotential für organisierte militärische Gewaltanwendung und für nicht-militärische oder quasi-militärische Gewaltanwendung niedriger Intensität in Regionalkonflikten mit überregionalen Auswirkungen. Zu dieser verlagerten Sicherheitsproblematik im Ost-West-Kontext tritt das Zerstörungspotential von (klassischer) Entwicklungs- und ökologischer Fundamentalkrise hinzu, das auch ohne den Umweg über die militärische oder quasi-militärische Anwendung direkter Gewalt Dimensionen erreicht, die in der Schadensbilanz mit den Kosten von Kriegen vergleichbar sind.

Die Problematik als solche ist unbestreitbar, die begriffliche Zuordnung im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung jedoch umstritten. Es geht bei der Kontroverse darum, ob die genannten Gefährdungen über ihr Konfliktpotential hinaus im Kontext von "Frieden" oder "Sicherheit" behandelt werden sollen. Nun war auch in der Friedensforschung selbst der Friedensbegriff immer schon umstritten. In der Verfassung der HSFK z. B. wird als Aufgabe formuliert, auf der Grundlage von Untersuchungen Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die "zu abnehmender Gewalt, zunehmender sozialer Gerechtigkeit und mehr politischer Freiheit in den einzelnen Gesellschaften und in den internationalen Beziehungen beitragen können." Ernst-Otto Czempiel definiert Frieden als "Prozeßmuster des internationalen Systems, das gekennzeichnet ist durch abnehmende Gewalt und zunehmende Verteilungsgerechtigkeit".⁸⁴ In der kirchlichen Diskussion hat sich die Trias von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eingebürgert. Johan Galtungs mehrdimensionaler Friedensbegriff umfaßt die Sicherung von Leben und Freiheit sowie die Ermöglichung von Wohlfahrt und Identität.⁸⁵ Parallel und fast analog zu dieser Ausweitung des Friedens- ist die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs verlaufen, über wirtschaftliche bis jetzt zuletzt zur ökologischen Sicherheit.⁸⁶

84 Ernst-Otto Czempiel, *Friedensstrategien*, Paderborn 1986, S. 47.

85 Johan Galtung, *Twenty-Five Years of Peace Research: Ten Challenges and Some Responses*, *Journal of Peace Research* 22,2 (1985), S. 141-158, 146.

86 Vgl. dazu meinen älteren Beitrag, *Die Entwicklung des Sicherheitsbegriffs*, *Beiträge zur Konfliktforschung* 10,3 (1980), S. 33-57 oder jetzt Sverre Lodgaard, *Environmental Security, World Order, and Environmental Conflict Resolution*, in: Gert Krell (Hrsg.), *Searching for Peace After the Cold War: Conceptual and Practical Problems of a New European Peace Order*, PRIF Reports No. 19-20, Frankfurt 1991, S. 27-46.

Demgegenüber hat u. a. Lothar Brock in mehreren Beiträgen dafür plädiert, den Friedensbegriff und die Sicherheitsproblematik auf die Eindämmung und Überwindung des Krieges zu konzentrieren⁸⁷:

"Mit dieser (wohl nur auf den ersten Blick engen) Eingrenzung des Gegenstandes wird die Gerechtigkeitsproblematik keinesfalls verdrängt. Vielmehr wäre danach zu fragen, wie ohne Anwendung von Gewalt um Gerechtigkeit gestritten werden kann.... Friedenstheorie handelt von der Differenz zwischen gewaltförmigem Konfliktverhalten und (relativer) Gewaltfreiheit. Das Problem liegt also nicht darin, wie dem Frieden immer weitere Wertdimensionen und Problemfelder zuzuordnen sind, sondern darin, zu systematischen Aussagen über die Faktoren zu gelangen, die das Verhalten und Verhaltensänderungen von Kollektiven in Konflikten bestimmen."

Gegen die Ausweitung des Friedens- bzw. des Sicherheitsbegriffs sprechen pragmatische und politische Gründe. Pragmatisch geht es um die Eingrenzung der spezifischen Aufgaben der Friedensforschung, die sich nicht zu einer allgemeinen Überlebenswissenschaft entwickeln kann und soll. Politisch - das gilt insbesondere für den Sicherheitsbegriff - soll mit der Eingrenzung verhindert werden, daß bestimmte Konfliktlösungsmuster (sprich: Militär) auf andere Bereiche als die des unmittelbaren Schutzes vor organisierter kollektiver Gewaltanwendung übertragen werden.⁸⁸

Die Ausweitung des Friedens- bzw. des Sicherheitsbegriffs hat demgegenüber die politische und analytische Funktion, darauf hinzuweisen, daß für Leben und Überleben von Großgruppen und Völkerschaften bis hin zur Menschheit insgesamt Entwicklungen an Relevanz gewonnen haben, die im klassischen Argumentationszusammenhang von Krieg, Frieden und Sicherheit keine Rolle gespielt haben. Damit wird keineswegs zwangsläufig einer Ausweitung des militärischen Instruments und seiner Aufgaben das Wort geredet. Schon das traditionelle (enge) Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik umfaßte weit mehr als den militärischen Bereich. Es geht auch darum, auf Gefährdungen aufmerksam zu machen, die das militärische Instrument relativieren, und den mit Militärpolitik verbundenen Aufwand zu kritisieren.

Die Kontroverse läßt sich pragmatisch weitgehend auflösen, da es nicht um das Abstecken von Forschungsterritorien geht. Es sollte Konsens möglich sein darüber, daß auch bei einer Konzentration auf die Gewaltproblematik im engeren Sinne die anderen Weltprobleme mit gebührender Aufmerksamkeit behandelt und in eine Gesamtperspektive (theoretisch wie praktisch) gebracht werden müssen. Im übrigen sind die Überschneidungen zwischen dem

87 Lothar Brock, "Frieden": Überlegungen zur Theoriebildung, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Sonderheft 21/1990 der PVS, Opladen 1990, S. 71-89, das Zitat S. 79. Vgl. aber auch ders., Kriegsverhütung und umfassende Sicherheit: Neue Herausforderungen und alte Aufgaben der Friedensforschung, PFK-Texte Nr. 3, Kiel (Projektverbund Friedenswissenschaften) 1991, und Peace through Parks: The Environment on the Peace Research Agenda, Journal of Peace Research 28,4 (1991), S. 407-423.

88 Vgl. etwa die Kritik bei Christopher Daase, Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die Diversifizierung amerikanischer Sicherheitsinteressen, Politische Vierteljahresschrift 32,3 (September 1991), S. 425-451.

engen und dem weiten Verständnis von Frieden und Sicherheit sehr groß, da auch die Weltprobleme jenseits des direkten gewaltförmigen Konfliktaustrags selbst zu den relevantesten Konflikt- und Gewaltursachen gehören bzw. von gewaltförmigem Konfliktaustrag verschärft oder sogar erst hervorgerufen werden. Dementsprechend kommen bei der Friedensförderung, also der Beseitigung von Kriegsursachen, alle diese Probleme wieder ins Blickfeld. (Vgl. dazu auch das Schaubild.)

2. Die zweite Paradoxie der gegenwärtigen Weltlage besteht darin, daß die Ausweitung der Sicherheitsproblematik keine Entsprechung auf der Seite der militärischen Gegenoptionen findet. Es kommt im Westen ganz im Gegenteil trotz des neuen (Ost-Ost-Konflikte) bzw. anhaltenden (Süd-Süd-Konflikte) Risikos organisierter Gewaltanwendung nicht nur zu einer relativen, sondern sogar zu einer absoluten Entwertung des Militärs, jedenfalls in seinen Funktionen als Abschreckungs- und Verteidigungsinstrument. Dafür sprechen drei Gründe.

Einmal gibt es kaum noch eindeutig identifizierbare militärische Herausforderungen. Gegenwärtig sind nur die folgenden potentiellen Gefahren auszumachen: eine feindselige Instrumentierung von Nuklearwaffen durch eine zukünftige reaktionäre russische Regierung; eine erneute strategische Bedrohung der Welterdölversorgung (bzw. der Kontrolle darüber)⁸⁹; selektive Drohungen zukünftiger Kernwaffenstaaten unter den Entwicklungsländern. Alle drei sind extrem hypothetisch und entweder mit militärischen Mitteln nicht eindeutig konterkariierbar oder dort, wo es möglich ist, längst ausreichend abgedeckt (strategische Abschreckung). Selbst für diese "worst case" Szenarios sind längerfristige politische Strategien aussichtsreicher und vorzugswürdig.

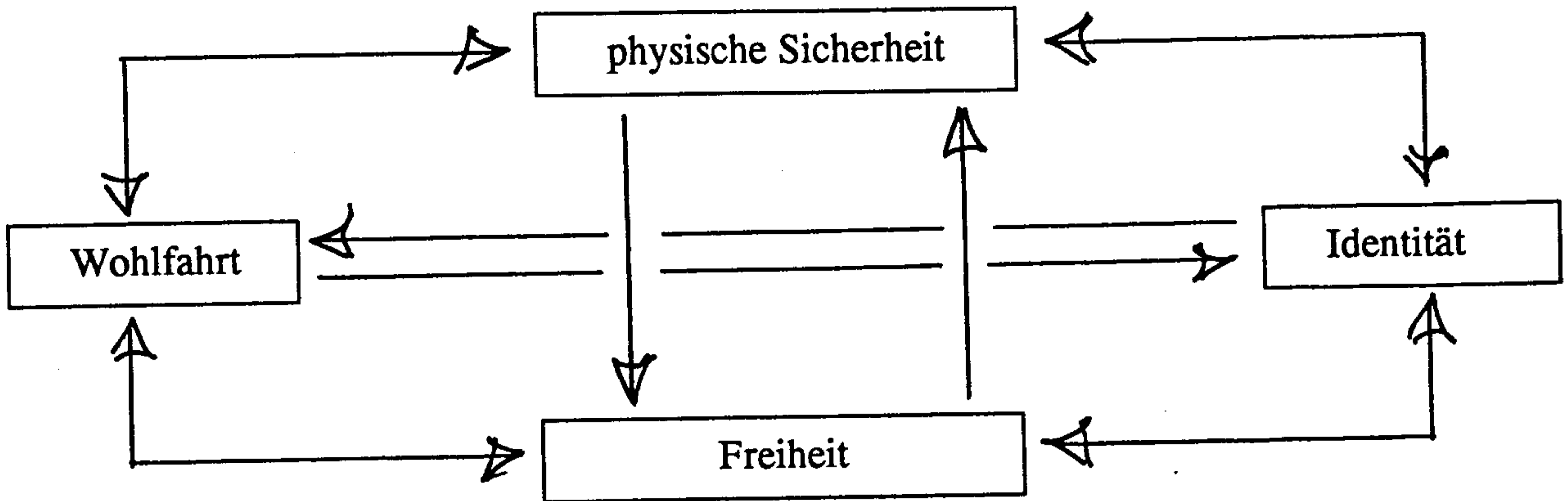
Was die Möglichkeiten betrifft, militärische Auseinandersetzungen Dritter durch Intervention von außen zu steuern, so waren auch in der Vergangenheit die Chancen dafür nicht sehr groß, weder militärisch und noch gar politisch. Mit Eingreiftruppen, wie sie etwa von der NATO geplant sind, ließen sich allenfalls kleinere Konflikte beherrschen. Für eine Intervention in Jugoslawien z. B. wird von Militärfachleuten ein Bedarf von 200.000 bis 300.000 Soldaten veranschlagt. Die politische Verantwortung und die Legitimation für solch umfangreiche Maßnahmen werden in Zukunft, wenn überhaupt, wahrscheinlich nur noch kollektive Organisationen übernehmen können. Deren Konsensbedarf jedoch bildet eine sehr hohe Schranke, die sich nur in Ausnahmesituationen überwinden läßt.⁹⁰

89 Ob im Falle der irakischen Aggression die Kontrolle über das Öl das ausschlaggebende Problem war, ist kontrovers. Stephen van Evera z. B. argumentiert, der irakische Ausgriff auf Kuwait (mit der Möglichkeit, Druck auf Saudi-Arabien auszuüben) hätte im Endeffekt "nur" einen höheren Ölpreis bedeutet, der unter anderen Gesichtspunkten (Umweltschutz) sogar erwünscht sei. Das Problem sei die auf Dauer politisch-militärisch dominierende Rolle eines Regimes, das seine Aggressionsbereitschaft wiederholt demonstriert hatte, und damit die Gefährdung Israels gewesen. Stephen van Evera, *American Intervention in the Third World: Less Would Be Better*, *Security Studies* 1,1 (Herbst 1991), S. 1-24, 11ff.

90 Charakteristisch für den Golf-Krieg ist weniger die Interessenpolitik der USA als vielmehr die Notwendigkeit und der Erfolg der Einbettung der militärischen Intervention in den Rahmen der Vereinten Nationen.

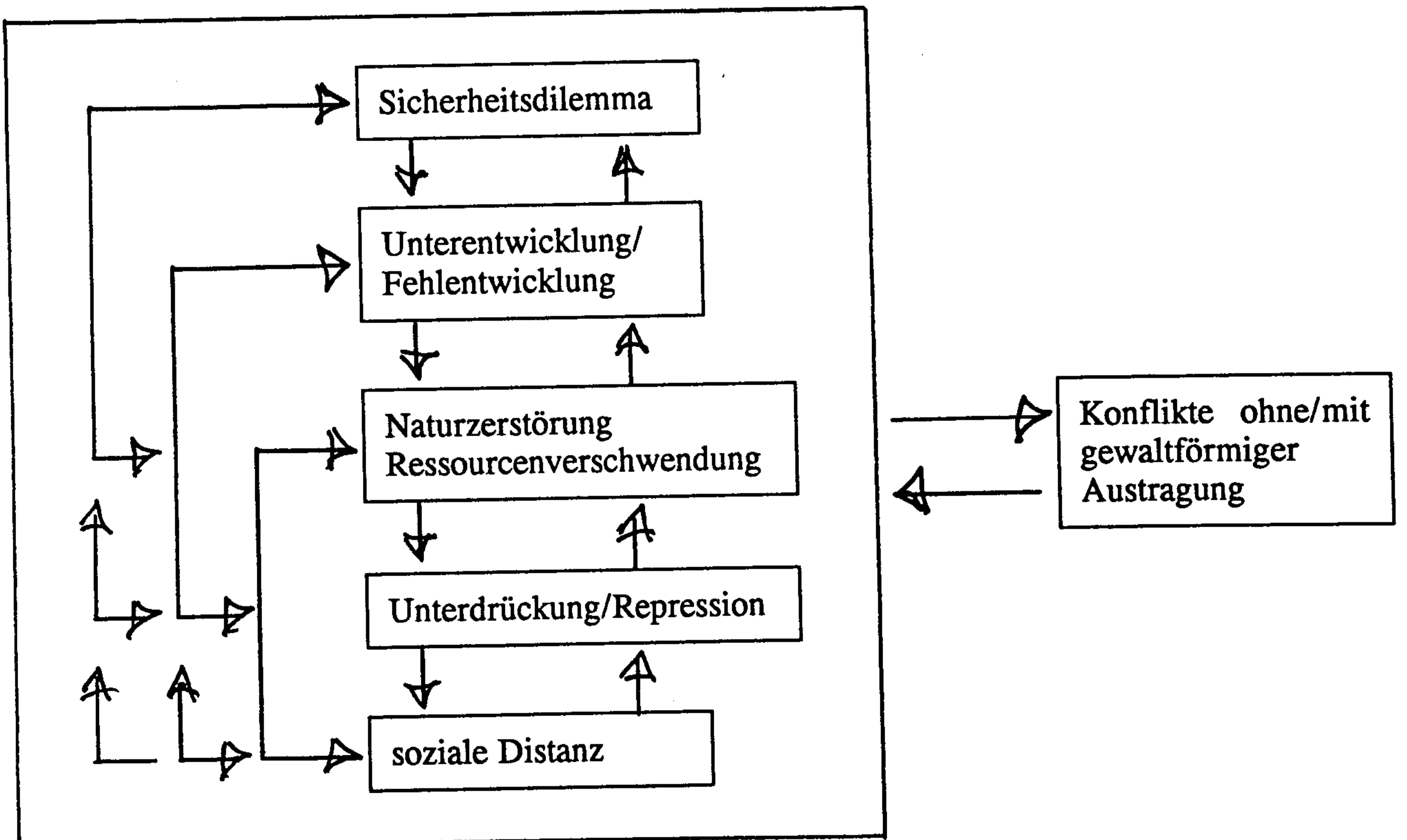
Schaubild zum Friedensbegriff

"weiter" Friedensbegriff



"enger" Friedensbegriff

Konfliktursachen/Konfliktfolgen



Der dritte Grund für die Entwertung der klassischen Funktionen des militärischen Instruments ergibt sich daraus, daß es - in seiner jetzigen Form und in seinem jetzigen Auftrag - schlicht und einfach völlig ungeeignet, ja eher hinderlich ist bei der Bewältigung der "neuen Bedrohungen". Wachsen wird in diesem Zusammenhang der Bedarf an Katastrophenschutz und technischer Hilfe großen Stils. Hier dürften - neben Beiträgen zur kollektiven Sicherheit - in Zukunft die wichtigsten Aufgaben für die westlichen Militärapparate liegen, was allerdings umfassende Umrüstungen voraussetzt.

3. Die dritte Paradoxie ist die umfassendste, sie geht über die engere und weitere Friedens- und Sicherheitsproblematik hinaus auf die Ebene des weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesses. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen (Teil-) Weltsystems ist die bislang größte Herausforderung für den Westen entfallen. Trotz dieses Triumphs über die realsozialistische Scheinalternative sieht sich ebendieser Westen mit fundamentalen Widersprüchen konfrontiert: der sozialen Frage im Weltmaßstab und der Überlebensfrage der technisch-industriellen Zivilisation. Den Test der Weltanschauungen hat das westliche System - nicht ohne eigene Verirrungen - (vorerst) bestanden; die eigentliche Prüfung seiner Überlebensfähigkeit und Legitimität steht aber noch bevor.

9.3 Perspektiven und Strategien

Aus der Analyse der Weltlage und der neuen Sicherheitsproblematik ergeben sich auch veränderte Anforderungen an die Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie hat nicht mehr eine auch militärpolitisch ausgetragene Sicherheits- und Systemkonkurrenz zum Gegenstand, sondern muß sich auf die spill-over Effekte militärischer Auseinandersetzungen Dritter und auf nicht-militärische Gefährdungen von Frieden und Sicherheit einstellen: Entwicklungskrise und Sozialkatastrophen, Demokratiedefizit bzw. Demokratiegefährdung, Migration, ökologische Fundamentalkrise. Damit wird das militärische Instrument nicht völlig nutzlos, aber es wird in einen anderen Kontext gestellt. Der veränderten Lage sind die folgenden friedens- und sicherheitspolitischen Strategien zuzuordnen: kooperative und kollektive Sicherheitspolitik, Weltsozialpolitik, Demokratisierung, kontrollierte Einwanderung und ökologische Kooperation.

Kooperative und kollektive Sicherheitspolitik

Für westliche Politik geht es, wie gesagt, nicht mehr um die Abschreckung massiver organisierter militärischer Gewaltanwendung oder die klassische Verteidigung gegen einen Angriff. Kriege Dritter wird es aber weiterhin und vielleicht sogar in größerer Zahl geben. Sie sind nicht nur ein moralisches Problem. Strategisch relevant werden sie nur in Ausnahmefällen sein, aber sie zeigen politische und wirtschaftliche Rückwirkungen auch auf die Industriestaaten. Die massive Intervention kommt in der Regel schon aus praktischen Gründen (Konsens, Ziel-Mittel-Relation) nicht in Frage, sie ist außerdem

moralisch schwierig⁹¹ und politisch oft kontraproduktiv. Was bleibt, sind Strategien der Konfliktprävention, der Einhegung, der nicht-militärischen Sanktionen und der Streit-schlichtung einschließlich des "peace-keeping".

Zur Prävention gehört die Einbindung der Staaten in einen normativen Rahmen, und zwar nicht nur auf globaler, sondern auch auf regionaler Ebene. Diesen Rahmen bildet in Europa die KSZE. Freilich müssen deren nicht-militärische Sanktionsmöglichkeiten und ihre Streit-schlichtungsverfahren weiterentwickelt werden. Der Verzicht auf militärische Einmischung ist eine mögliche Strategie der Einhegung, er muß aber kollektiv abgesprochen und organi-siert werden. Insoweit kann die Politik der EG (als Ersatz für die KSZE) gegenüber dem jugoslawischen Bürgerkrieg durchaus als erfolgreich gelten. Sie hat - gerade wegen des schwierigen Entscheidungsprozesses - politisch bedenkliche Alleingänge verhindert. Proble-matisch ist demgegenüber, daß sie keine gemeinsame unparteiische Linie finden konnte, mit der sie die im Grunde allgemein akzeptierten Prinzipien (Gewaltfreiheit und ungeteilte Selbstbestimmung) hätte verteidigen können.⁹² Wegen alter historischer Animositäten und der auch im eigenen Bereich noch nicht befriedigend geklärten kollektiven Minderheiten-rechte wurde die Chance zu wirksamen nicht-militärischen Sanktionen vorerst verpaßt.

Im Bereich des "peace-keeping" sind die Anforderungen schon in den letzten Jahren erheb-lich gestiegen, zunehmend wird Interesse von den Entwicklungsländern bis hin zu Anfragen um Beistand bei Operationen ihrer eigenen regionalen Organisationen artikuliert. Hier geht es nicht nur um finanzielles, sondern auch um politisches, logistisches und personelles Engagement. Die grundsätzlichen Einwände gegen eine Beteiligung auch deutscher Soldaten an solchen Maßnahmen lassen sich vor diesem Hintergrund nicht aufrechterhalten.⁹³ Es besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der Art von Kriegen, wie sie gerade Deutschland historisch zu verantworten hat, und den Maßnahmen zur Friedenssicherung, wie sie im Kontext des "peace-keeping" seit Jahren von internationalen Organisationen praktiziert werden.

Weitaus schwieriger zu beurteilen ist die Frage des "peace enforcement", also der Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit durch militärische Zwangsmaßnahmen. Hier gelten einmal die schon genannten allgemeinen Vorbehalte. Vorrang muß - wie übrigens in der UNO-Satzung vorgesehen - nicht-militärischen Zwangsmaßnahmen eingeräumt werden. Strategische Planung und Phantasie könnten sich hierauf konzentrieren. Hauptaufgabe einer langfristig angelegten Friedenspolitik sollte es aber sein, dazu beizutragen, daß es gar nicht

91 Mit der wichtigen Norm des Gewaltverbots konkurriert allerdings das Gebot der Hilfeleistung, das im konkreten Fall ethisch abzuwägen ist und nicht jede Gewaltanwendung von vornherein ausschließt.

92 Zur Kritik an der EG vgl. James Gow, *Deconstructing Yugoslavia*, *Survival* 33,4 (Juli/August 1991), S. 291-311.

93 Grundsätzliche Einwände bringen Ulrich Albrecht/Randolph Nikutta, *Friedensforscher widersprechen: eine Replik*, in: *antimilitarismus information* 21,10 (Oktober 1991), S. 22-26. Vgl. dazu aber die Beiträge von Winrich Kühne, *Deutsche Blauhelme und neue Aufgaben der Internationalen Friedens-sicherung*, Ebenhausen (SWP-AP 2721) 1991 und Harald Müller, *Fragen zur zukünftigen Rolle der Vereinten Nationen*, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), *Zukünftige Rolle der Vereinten Nationen*, Bonn 1991.

erst zu solchen Situationen kommt, in denen es keine Alternative zu Zwangsmaßnahmen mehr gibt. Damit erhalten alle folgenden Strategien zur "Friedensförderung" nicht nur im Kontext eines erweiterten Friedensbegriffs ihren Stellenwert, sondern auch als Beiträge zu einer vorausschauenden Sicherheitspolitik, die nicht mehr zur *ultima (ir)ratio* greifen muß, weil die *ratio* vorher schon versagt hat.

Das gilt einmal für die Rüstungskontrolle, hier sind die Zusammenhänge zwischen regionalen und globalen Ansätzen besonders deutlich geworden. Möglichen Gefährdungen (weniger direkt durch Drittweltpotentiale als vielmehr durch die Rückwirkungen militärisch ausgetragener Regionalkonflikte) kann westliche Politik am besten dadurch vorbeugen, daß sie zum einen ihre Anforderungen im globalen Rüstungskontrollkontext mit glaubwürdigen eigenen Leistungen kombiniert und zum zweiten sich nicht an der Aufrüstung der Entwicklungsländer (oder nur mit Einschränkungen im Rahmen multilateraler, regional verabredeter und kontrollierter Sicherheitsarrangements) beteiligt. Im Bereich der Eigenleistungen bieten sich nach den positiven Vorläufen bei den taktischen Nuklearwaffen (INF-Vertrag, Bush-Gorbatschow-Initiative) und bei KSE eine drastische Absenkung der strategischen Nuklearwaffen, ein umfassendes Testverbot, der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen sowie weitere Reduzierungen der konventionellen Waffenbestände an. Die Debatte über "defensive Verteidigung" ist in diesem Zusammenhang weiterhin von Interesse. Trotz der technischen und logischen Problemen im einzelnen ist das Konzept friedensfördernd, es ist verallgemeinerbar und mit allen Stufen kollektiver Sicherheit vereinbar.⁹⁴

In einem solchen Umfeld würden weit strengere Rüstungsexportkontrollen bzw. -verbote ihre diskriminierende Wirkung verlieren - wenn das ein Argument dagegen sein sollte.

94 Vgl. dazu Horst Afheldt, Die neue Nachkriegszeit, Kursbuch (wie Anmkg. 24), S. 13-36, S. 28: "Militärische Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat, die über eine Blockade hinausgehen, erfordern einen Angriff. Das System der kollektiven Sicherheit, das auf der Wirksamkeit von militärischen Zwangsmaßnahmen beruht, benötigt daher angriffsfähige Streitkräfte. Die Frage bleibt, wie diese offensiven Streitkräfte mit defensiv-orientierten gemischt werden müßten, um das Funktionieren der kollektiven Sicherheit optimal zu gewährleisten.... Das erste Prinzip lautet, daß bei totaler Überlegenheit einer Seite Angriff grundsätzlich fast immer möglich bleibt, auch wenn beide Seiten auf Verteidigung optimiert haben sollten. Interventionen von Großmächten bei sehr viel kleineren Staaten bleiben daher selbst bei Defensivoptimierung ebenso möglich wie Interventionen von großen Koalitionen gegen den Störer, also Interventionen im Idealfall der kollektiven Verteidigung. Andererseits dürften Interventionen kleinerer Mächte bei ihren Nachbarn von ähnlicher Größe hoffnungslos erscheinen, falls die Militärstruktur aller Staaten aus verteidigungsspezifischen Einheiten bestehen. Für Interventionen einzelner Großmächte bei einzelnen Großmächten gilt das gleiche. Insofern hat Defensivüberlegenheit in diesem System eine stabilisierende Funktion, weil sie die Zahl der Gewaltfälle reduziert. Sie sollte deshalb sorgfältig ausgebaut und durch Rüstungskontrollverträge festgeschrieben werden."

Weltsozialpolitik

Seit einiger Zeit zeichnet sich ein Ende der polarisierten Debatte über die Ursachen der Entwicklungskrise ab, d. h. die Mitverantwortung "des" Nordens wie "des" Südens wird gleichermaßen erkennbar und reflektiert. Auch hier muß westliche Politik Anforderungen mit Eigenleistungen verbinden. Die Eigenleistungen beziehen sich insbesondere auf die Machtstrukturen der Weltwirtschaft, in denen die Industriestaaten ihre Vorteile voll zur Geltung bringen, ihre Defizite zugleich auf die Schwächeren abwälzen und dabei auch noch ihre eigenen Regeln unterlaufen. Revisionsbedürftig sind z. B. die protektionistischen Maßnahmen gegenüber Importen aus Entwicklungs- bzw. den sich transformierenden sozialistischen Ländern; in für diese Länder besonders relevanten Sektoren wären mehr Präferenzen einzuräumen. In Europa geht es daneben um einen gesamteuropäischen Finanzausgleich, um technische Hilfe, Hilfe im Erziehungs- und Ausbildungssektor. Von zentraler Bedeutung ist außerdem weltweit vermehrter Schuldenerlaß oder Schuldenreduzierung. Schuldenreduzierung und gezielte Hilfen - für die landwirtschaftliche Selbstversorgung, die Infrastruktur und die Familienplanung - können in einem Kontext, in dem westliche Politik ihre Glaubwürdigkeit durch demokratischere Spielregeln in der Weltwirtschafts- und Weltmilitärordnung erhöht, dann auch mit Auflagen verbunden werden, etwa im Bereich der Rüstungsaufwendungen oder der Bevölkerungspolitik.

Demokratisierung

Totalitäre Systeme sind fast ausnahmslos und autoritäre Regime häufig eine Friedensgefährdung im klassischen Sinne und gleichzeitig ein Entwicklungshindernis. Demokratisierung als Friedensstrategie wird zunehmend auch im Völkerrecht diskutiert, das überlieferte Einmischungsverbot in Frage gestellt. Dabei geht es nicht darum, machtpolitisch motivierten Interventionsinteressen neue Legitimationsmöglichkeiten zu verschaffen. Die gewaltsame Aufnötigung von als vorzugswürdig erachteten Regierungsformen soll und muß völkerrechtswidrig bleiben. Eine entscheidendes Kriterium zur Abgrenzung von solchen imperialistischen Tendenzen kann die Multilateralisierung der Demokratisierungsstrategie sein. Es geht einmal darum, Diktaturen nicht mehr von außen zu fördern. Gratifikationen sollen im Gegenteil mit Auflagen, z. B. im Bereich der Menschen- oder Minderheitenrechte, verbunden werden. Gesellschaftliche Ansätze zur Pluralisierung und Ansätze zur Ausbildung des Rechtsstaats sind zu unterstützen. Gerade jungen Demokratien, die häufig mit erheblichen wirtschaftlichen Erblasten ihrer diktatorischen Vorläuferregime ringen, sollte gezielt wirtschaftlich unter die Arme gegriffen werden, etwa durch Schuldenerlaß oder Entwicklungshilfe.

Kontrollierte Einwanderung

Neben dem gezielten Anwerben ausländischer Arbeitskräfte wird es auch in Zukunft "Armutsimport" in die reichen Staaten geben. Damit werden Dimensionen aus Ost-Ost-, Süd-Süd- und aus Nord-Süd-Konflikten in den Norden verlagert. Die Belastung des

Nordens ist relativ, seine Belastbarkeit interpretierbar. Aber auch die liberale Grundorientierung kann den Konsens zwischen den Bürgern nicht überstrapazieren, zumal sich ihre Träger häufig den realen sozialen und kulturellen Problemen der Zuwanderung entziehen können.

Eine Strategie der kontrollierten Einwanderung sollte aus folgenden Elementen bestehen: (1) Entschiedene Verteidigung des Rechtsstaats nach allen Seiten, wobei sich Entschiedenheit und Gegenmittel nicht an den ethnischen Grenzen, sondern an denen des Rechtsstaats zu orientieren haben; (2) umfassende Integration von Ausländern mit politischen Rechten und erleichterter Einbürgerung; (3) Abbau der sozialen und infrastrukturellen Engpässe in den westlichen Wohlstandsgesellschaften; (4) gezielte Maßnahmen zur Förderung der Reintegration Jugendlicher aus dem rechtsradikalen Einzugsbereich; (5) Kontrolle des Zustroms durch Einwanderungsgesetze. Mit einer solchen kombinierten Strategie wäre freilich der Abschied von einem völkischen Staatsbürger(innen)konzept verbunden.

Ökologische Kooperation

Engagierte Umwelt-Experten sehen hier den entscheidenden Paradigmenwechsel überhaupt: vom Streit der Ideologien zum Kampf um die Rettung des Planeten oder sogar vom Primat der Staatenbeziehungen zum Primat der Beziehungen zwischen den Staaten und der Natur.⁹⁵ Aber ohne Streit ist schon aufgrund der internationalen Machtverhältnisse ökologische Kooperation nicht zu haben. Zwar haben sich noch vor dem Ende des Ost-West-Konflikts - nach dem Scheitern der Diskussionen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung - Ansätze für einen globalen Dialog über Umweltfragen herausgebildet;⁹⁶ und die Entwicklungsländer können den Industriestaaten mit dem ökologischen Hebel keine Umverteilungen aufzwingen. Aber sie können eine konstruktive Zusammenarbeit, bei der beide gewinnen und auf die beide letztendlich angewiesen sind, verhindern. Veranlassung dazu wäre gegeben, denn die Industriestaaten sind nach wie vor führend bei Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch bzw. -verschwendung. Ihre ökologischen Anpassungsleistungen können andererseits wieder im Wachstums- und Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer kompensiert und konterkariert werden.

Der Widerspruch zwischen Entwicklung und Ökologie ist angesichts der Bevölkerungsexplosion and angesichts des westlichen Wachstumsmodells höchst aktuell. Er wird sich nur dann - wenn überhaupt - auflösen lassen, wenn die Industriestaaten (1) selbst eine glaubwürdige, d. h. radikale Umweltschutzpolitik betreiben und (2) zu massivem Ressourcetransfer (allein in Sachen Treibhauseffekt rechnen Experten mit Summen in einer Größenordnung von mindestens 5% des Bruttosozialprodukts) zugunsten von Entwicklung und

95 Worldwatch Report 91/92, S. 9 und 36.

96 Hierzu und zum Folgenden Hans H. Lembke, "Umwelt" in den Nord-Süd-Beziehungen: Machtzuwachs im Süden, Öko-Diktat des Nordens oder Globalisierung der Verantwortung?, Berlin (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) 1991.

Umweltschutz in den klassischen Entwicklungsländern und den sich transformierenden sozialistischen Ländern bereit sind.

Der hier vorgestellte Satz von Strategien ist komplementär. In der Summe laufen sie auf erhebliche Veränderungen bis in den Lebensstil der entwickelten, unserer Gesellschaft hinaus. Der Bedarf an wissenschaftlichen, politischen und finanziellen Ressourcen, den diese Strategien erfordern, ist eine Herausforderung für Produktions- und Verteilungsmuster, die zu einem erheblichen Teil auf die Befriedigung von Luxuskonsum im weitesten Sinne ausgerichtet sind. Es werden auch interne Umverteilungen notwendig sein, denn vergleichsweise bescheidene Anpassungsleistungen etwa im Agrarbereich oder bei den Flüchtlingen stoßen schon auf erbitterten Widerstand.

Die neuen Gefährdungen haben gegenüber der alten militärischen "Bedrohung" den Nachteil, daß sie als einzelne weniger dramatisch erscheinen und ihr volles Konfliktpotential erst allmählich entfalten; gleichzeitig sind sie weit weniger "elastisch", das heißt durch politische Entscheidungen nicht kurzfristig korrigierbar. Die Bereitschaft zur Gegensteuerung wächst erst dann, wenn der Steuerungsbedarf - über den Kreis von Experten und ihre Kontroversen hinaus - unabweisbar geworden ist. Dann aber mag es zur Gegensteuerung zu spät sein. Vielleicht haben wir diesen Punkt im Bereich der Entwicklungs- und der Ökologieproblematik schon überschritten. Daß Veränderungen möglich sind, ist andererseits unbestreitbar. Es lassen sich lokal, regional und global auf allen Sektoren positive Beispiele anführen. Erfolgsgarantien freilich gibt es nicht, nur die Aufforderung zum Versuch.⁹⁷

97 Zu einer im Prinzip ähnlichen Interpretation der Lage kommt aus der Sicht eines Schriftstellers Johannes Mario Simmel, Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist, SZ vom 26./27. Oktober, S. I.

ISBN 3-926197-99-4